

***Aufstehen - Dreck abwischen -
Handeln!***

Antragsbuch

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 25.-26. Juni 2016

Jugendherberge Thale



Inhalt

Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

A1 Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2016-2018.....	3
--	---

Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft

B1 Grundkenntnisse der Kinder- und Jugendhilfe in der Lehrerausbildung besser verankern	15
B2 Graduiertenförderung – keine zwei Klassen Stipendien	16
B3 Erneuerung des Lehramtes.....	17

Antragsbereich C - Innen, Außen- und Kommunalpolitik

C1 Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung.....	18
C2 Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses in Sachsen-Anhalt	20
C3 Kein besonderer Schutz für Staaten und Staatsorgane.....	21
C4 Reform des Mordparagraphen	22
C5 Überarbeitung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt (PersVG LSA)	23
C6 Massentötung von männlichen Küken beenden.....	24
C7 Tauben sind keine Schädlinge	26
C8 Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit.....	27
C9 Tierversuche beenden!	29
C10 Bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine	30
C11 Interkulturelle Öffnung des Bestattungswesens	31
C12 Demokratische Jugendarbeit braucht genug Geld.....	32
C13 Schaffung einer europäischen Institution und EU-einheitlicher Richtlinie für Verfahren an Gerichten in europäischen Ländern, in die Kinder involviert sind	33
C14 Finanzierung von Polizeieinsätzen bei gewinnorientierten Großveranstaltungen	34
C15 Gesetz zur Vorsorge gegen von Hunden ausgehende Gefahr novellieren – Rasselisten dabei abschaffen.....	35
C16 Landeswahlrecht für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger öffnen	37
C17 Für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt – Gegen das Vergessen	38
C18 Anpassung der Renten in Ostdeutschland auf das Niveau in Westdeutschland.....	40
C19 Reproduktionsförderung des Landes weiterentwickeln	42
C20 Schutz von minderjährigen Geflüchteten.....	44
C21 Sicherheitskonzept für öffentliche Räume	45
C22 Studie über die Verhinderung der Freizügigkeit und der beruflichen Entwicklung der Eltern von Trennungskindern durch die Familiengerichte	46

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

D1 Equal Treatment von Leiharbeitern	47
D2 Förderung von gemeinnützigen Applikationen und Programmen	48
D3 Zertifizierung von Algorithmen – gerecht gerechnet?	49
D4 Verbesserung der medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt	50
D5 Zeit ist Geld, auch für Neueinsteiger*innen	51
D6 Kostenübernahme von Verhütungsmitteln in Sachsen-Anhalt.....	52
D7 Anhebung der Verdienstgrenze einer geringfügigen Beschäftigung	54
D8 Verstärkter Einsatz von psychologischen Mitarbeiter*innen in Kindertagesstätten	55
D9 Überarbeitung des Kapazitätsrechts mit dem Ziel der Ausbildung von Mediziner*innen für Sachsen-Anhalt und andere Regionen mit Ärztemangel.....	56
D10 Echte Verringerung von Waffenexporten	57
D11 Finanzierung von Fachkräften für soziale Arbeit mit Kindern in Frauenschutzhäuser	58
D12 Frauen- und Kinderbeauftragte in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung	59
D13 Lebensmittelverschwendung entgegenreten	60
D14 Bundesteilhabegesetz novellieren – Ungerechtigkeiten beenden.....	61
D15 Umsetzung von Inklusion im Rahmen der Evaluation des KiFöGs mit betrachten.....	63

Antragsbereich O - Organisation

O1 Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat	64
O2 Anerkennung des Revisionismus und Eduard Bernsteins	65
O3 Die SPD – Dein HOTSPOT	66
O4 Strategie zum Umgang mit der AFD in Sachsen-Anhalt.....	67
O5 Barrierefreiheit innerhalb der SPD-Partei-Organisation.....	68
O6 Benennung einer/eines Mitgliederbeauftragten auf Landesebene.....	69
O7 Inhalte statt Autoritäten - Begrenzung der Grußworte	70
O8 Kein „Mimimi“ auf SPD Landesparteitagen	71
O9 Religiöse Werte als Teil der Jusos.....	72
O10 Urwahl der/des KanzlerkandidatIn	73

Antrag: A1

Antragssteller: Juso-Landesvorstand

Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2016-2018

Wir im Jetzt - und immer weiter:

Die Jusos Sachsen-Anhalt verstehen sich als politischer Jugendverband, der mit einer Doppelstrategie eine aktive Rolle in der Gestaltung von Politik und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus einnimmt. Dabei gilt es für uns zum einen, insbesondere den Interessen junger Menschen, z.B. für gerechte Bildungszugänge, Chancengleichheit, Gleichstellung und die Akzeptanz von Vielfalt, eine starke Stimme zu verleihen und für diese aktiv und auch in Kooperation mit weiteren Akteuren einzutreten. Zum anderen sind wir, auch vor dem Hintergrund der Bedingungen in einem ostdeutschen Flächenland, ebenso ein aktiver Bestandteil der SPD und der hiesigen politischen Landschaft und neben diese Rolle in konstruktiver und engagierter Art und Weise an.

Zwei Grundprämissen unserer Arbeit sind dabei unverrückbar und universell, die konsequente Absage an Nationalismen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aller Ausformung sowie das Eintreten für Toleranz, Vielfalt und Gerechtigkeit sowie Solidarität und Internationalismus.

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass auch uns als Jusos die mit der Landtagswahl 2016 einhergehenden Veränderungen, die einer Zäsur gleichkommen, beschäftigen und dies auch tun müssen. Wir werden uns daher, wie auch in den ersten Wochen und Monaten nach der Wahl, auch weiterhin aktiv in den SPD-internen Prozess der Analyse und Aufarbeitung einbringen und auch unsere eigenen Arbeit kritisch prüfen. Ähnlich wie im Vorfeld der Wahl, als wir als Arbeitsgemeinschaft einen wesentlichen Beitrag zum Programmprozess geliefert haben und viele unsere Themen dort verankern konnten, werden wir auch hierbei aktiv mitwirken und einen inhaltlich akzentuierten Beitrag leisten. Zudem werden wir die Umsetzung unserer im Koalitionsvertrag verankerten Ziele aktiv und kritisch begleiten. Weiteres Element dieser, sich aus dem Wahlergebnis ergebenden Aufgaben ist ein weiterhin konsequentes und deutliches Eintreten gegen Hetze, Ressentiments, Diskriminierung und Hass. Wir werden dabei Seite an Seite mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und politischen Partnern für eine aktive und lebenswerte Gesellschaft eintreten und kein auch noch so kleines Stück von dieser Position abrücken – Kompromisse mit Rechts gibt es für uns nicht. Forderungen in der SPD sich zum Beispiel bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik inhaltlich an rechte Parteien anzunähern lehnen wir entschieden ab. Es hat keinen Sinn, eine Mehrheit für die Sozialdemokratie zu erringen, wenn der Preis dafür ist, kein/e Sozialdemokrat*in mehr zu sein.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die rechtsextreme AfD Sachsen-Anhalt zur zweitstärksten Kraft im Landtag gewählt wurde. Ein Teil des Erfolges ist der Tatsache zuzuschreiben, dass die AfD mit einfachen Antworten auf komplizierte Probleme Werbung gemacht hat. Die Jusos wie die SPD stehen dieser unseriösen Art Politik zu machen entgegen. Wir stehen und werben für eine solidarische, freie und offene Gesellschaft. Wir entziehen uns keiner Diskussionen und hören nicht auf, zu betonen, in welcher Tradition die AfD steht. Dies werden wir nicht nur in Form von Demonstrationen und Gegenprotesten zu AfD-Veranstaltungen tun. Wir werden uns auch in Podiumsdiskussionen oder anderer öffentlicher Debatten mit ihnen auseinandersetzen und ihrem menschenverachtenden und rassistischem Programm einen solidarischen Gegenentwurf entgegenstellen. Eine Zusammenarbeit mit der AfD muss kategorisch ausgeschlossen bleiben. Dies erwarten wir darüber hinaus von allen demokratischen Parteien und Organisationen. Soziale Probleme werden nicht mit Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit gelöst. Dies können wir uns weder als Jusos noch als SPD bieten lassen. Für uns gibt es auch weiterhin keine einfachen

Antworten auf komplizierte Fragestellungen. Wir müssen uns den Positionen der AfD mit inhaltlichen Entwürfen entgegenstellen. Unsere Alternative heißt Solidarität.

Für die kommenden zwei Jahre gilt weiterhin, dass wir uns nun noch stärker als in den vergangenen zwei Jahren der Wiederbelebung der Bildungs- und Seminararbeit widmen werden, standen diese doch neben der Einleitung eines Generationenwechsels innerhalb des Juso-Landesvorstandes vor allen Dingen auch im Zeichen der Landtagswahl, was unter anderem einen hohen programmbezogenen Arbeitsaufwand bedingte. Ziele und Potenziale zur innerverbandlichen Weiterentwicklung warten also ganz konkret auf die gemeinsame Umsetzung. Dass dies trotz einer zwar stabilen, aber doch begrenzten Personaldecke weiterhin erfolgreich geschehen kann, erfordert auch zukünftig die Einbindung aller Jusos des Verbandes. Dabei soll auch darauf geachtet werden, die Beteiligungsmöglichkeiten für Jusos in eher personaltechnisch eher dünner besetzten Gebieten weiter zu verbessern und so eine noch aktivere Mitarbeit zu fördern. Diese konsequente Beteiligung der breiten Mitgliedschaft eröffnet auch weiterhin die Chance, den stetigen Generationswechsel, der vor zwei Jahren ein durchaus wirkmächtiger als häufig war, weiter zu führen und somit zu einer verstetigten Weiterentwicklung beizutragen. Zudem gilt, dass für die breite Zusammenarbeit die wechselseitige Kommunikation zwischen Landesebene und der gesamten Mitgliedschaft von hoher Relevanz ist.

Die unser Handeln leitenden Positionen reichen dabei durchaus auch über die aktuelle Position der SPD hinaus und umfassen immer sowohl konkrete, abgegrenzte Themen als auch weitreichende Visionen von Veränderung. Diese Positionen finden und entwickeln wir im Rahmen einer offenen Debattenkultur, in der Akzeptanz und Toleranz stärker sind als Vorurteile. Dass diese eben keine Dogmen sind, sondern überwunden werden können und müssen, können wir dabei auch im eigenen Verband als sehr positiven Prozess erleben. So fand zum Beispiel in den letzten zwei Jahren eine deutliche Wandlung im Verhältnis der beiden großen Stadtverbände statt, was sich unter anderem in einem Schub für die Arbeit der Landesarbeitskreise und einer spürbar besseren Koordination bei der innerparteilichen Vertretung von Juso-Positionen ausdrückt und somit einen deutlichen Mehrwert darstellt.

Hauptteil – Arbeitsverständnis des Juso-Landesvorstandes/-Verbandes

Arbeit und Aufgaben des Juso-Landesvorstandes

Der Juso-Landesvorstand plant und koordiniert die politische Tätigkeit des Landesverbandes und entwickelt und vertritt die resultierenden Positionen und Ziele. Er ist ferner für die Initialisierung und Begleitung der organisatorischen Abläufe zuständig. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenzen und des Landesausschusses bilden dabei die Basis des Handelns. Dies erfolgt insbesondere in regelmäßigen Sitzungen, ergänzende Verfahren regelt der Landesvorstand in seiner Geschäftsordnung.

Auch zukünftig soll das Wirken des Landesverbandes sowohl die Anforderungen an die Arbeit eines politischen Jugendverbandes erfüllen, als auch eine aktive Beteiligung an den politischen Strukturen und Entwicklungen des Landes, sowie teilweise auch darüber hinaus, umfassen.

Zum Beginn der Amtszeit findet eine konstituierende Sitzung der gewählten Mitglieder des Landesvorstandes statt. In dieser geben sie sich eine Geschäftsordnung und legen eine konkrete Aufgabenverteilung für die kommenden zwei Jahre fest. Die Geschäftsordnung und die Aufgabenverteilung werden den Mitgliedern des Landesverbandes unverzüglich zur Kenntnis gegeben, mögliche Änderungen ebenso. Eine kritische Evaluation der Geschäftsordnung, sowie der Aufgabenstruktur und -verteilung findet statt. Zudem gilt, dass die Betreuung von Kreis- und Stadtverbänden durch die Landesvorstandsmitglieder wichtiges Element der Arbeit Aller ist.

Der Landesvorstand wählt aus den Reihen der stellvertretenden Landesvorsitzenden ein für die Koordination der Öffentlichkeitsarbeit zuständiges Mitglied und hält ein konkretes Aufgabenverständnis fest. Dies entbindet die weiteren Vorstandsmitglieder nicht von der Initialisierung und Mitgestaltung konkreter Öffentlichkeitsarbeit. Für die Betreuung der Internetseite, insbesondere des Blogs, sowie der social media-Kanäle sind explizit alle Mitglieder verantwortlich. Der/dem Koordinierenden für Öffentlichkeitsarbeit kommt hierbei eine unterstützende Rolle in der Zusammenarbeit mit der/dem Landesvorsitzenden zu.

Die Außenvertretung erfolgt durch die/den Landesvorsitzende, in Absprache mit den stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes und der/dem Landesausschussvorsitzenden. Ergänzend hierzu besteht in enger Abstimmung mit der/dem Landesvorsitzenden auch die Möglichkeit der Vertretung durch ein stellvertretendes Landesvorstandsmitglied.

Für die Arbeit des gesamten Landesvorstandes gilt, dass dieser grundsätzlich auf die aktive und engagierte Mitwirkung aller angewiesen ist. Während die gewählten Mitglieder dabei in der Verantwortung für verschiedenen Aufgaben und Themen stehen, handelt es sich bei den kooptierten Mitgliedern um Vertreter*innen einzelner Themengebiete, deren Mitwirkung in anderen Bereichen gewünscht ist. Die Kooptierungen selbst werden in der Geschäftsordnung geregelt.

Der Landesausschuss

Der Landesausschuss vertritt die Interessen der Stadt- und Kreisverbände auf Landesebene. Er kontrolliert und korrigiert die Arbeit des Landesvorstandes, beschließt über politische Angelegenheiten und versteht sich selbst als eine Plattform zum Zwecke des Austausches von Informationen. Die Erfahrungen der letzten Jahre machen es notwendig, in diesem Arbeitsprogramm erneut deutlich auf den hohen Stellenwert des Landesausschusses hinzuweisen.

Nur die breite Teilnahme der Vertreter*innen der Kreis- und Stadtverbände ermöglicht es dem Landesausschuss, seine Aufgabe als größtes beschlussfassendes Gremium zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen angemessen ausfüllen zu können. Sitzungen des Landesausschusses sollen zukünftig in Verbindung mit einem politischen und/oder kulturellen Programm stehen, um die Beteiligung der einzelnen Mitglieder des Gremiums, sowie des gesamten Landesverbandes zu fördern. Sollte unter dieser Veränderten Sitzungsgestaltung in der Beteiligung am Landesausschuss in den nächsten Monaten keine wesentliche Besserung eintreten, werden wir auf der LDK des Jahres 2017 über eine Reform seiner Zusammensetzung beraten müssen.

Als Stichtag der Ermittlung für die gemäß Richtlinien der Jusos Sachsen-Anhalt auf die Kreis- und Stadtverbände entfallenden Anzahlen an Vertreter*innen im Landesausschuss legt die LDK für den Zeitraum 2016-2018 den 30.06.2016 fest.

Arbeit der Landesarbeitskreise

Die Landesarbeitskreise, von denen der Verband vier aufweist, sind eine elementare Säule der inhaltlichen Arbeit des Landesverbandes und daher von enormer Bedeutung. Zudem bieten sie die Möglichkeit, unabhängig vor der jeweiligen regionalen Struktur Juso-Arbeit zu speziellen Themengebieten zu gestalten und die landesweite Vernetzung zu verbessern. Ziel aller Landesarbeitskreise ist es, neben ihrer individuellen Arbeit, in Zusammenwirken mit den gewählten Mitgliedern des Landesvorstandes, mindestens einmal im Jahr ein Landesarbeitswochenende durchzuführen. Die Konstituierung der Landesarbeitskreise findet spätestens sechs Wochen nach der Landesdelegiertenkonferenz statt.

Landesarbeitskreis Bildung und Soziales (BiSO):

Die Vielfalt der Themengebiete, mit denen sich der Landesarbeitskreis auseinandersetzen sollte, ist groß. Neben bildungspolitischen Themen ist es das Feld der Sozialpolitik, das im Zentrum der Arbeit des Landesarbeitskreises steht. Wir verstehen uns als kritischer Begleiter und Ideengeber für diese Politikfelder. Wir wollen nicht nur über Herausforderungen

diskutieren, sondern auch innovative Konzepte entdecken und entwickeln, mittels derer sozialdemokratische Politik nach vorn gebracht wird. Im Folgenden werden beide Bereiche mit ihren Unterthemen kurz skizziert.

Themenbereich Bildung

- Allgemeine und Berufsbildende Schulen
- schulbegleitende Einrichtungen und Maßnahmen
- politische Bildung
- Lehrer*innenausbildung, Aus- und Fortbildung, Erwachsenenbildung

Themenbereich Soziales

- Gesundheit
- Jugend, Familien, Senioren
- Verbraucherschutz
- Integration

Um die Arbeit des Landesarbeitskreises für die Jusos in Sachsen-Anhalt interessanter zu gestalten, sind zukünftig einige organisatorische Erneuerungen notwendig. Die regulären Sitzungen sollten im ganzen Land stattfinden – im Idealfall tagen wir an den Orten, in denen Bildungs- und Sozialpolitik tatsächlich wirkt. Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen werden wir über aktuelle Themen sprechen, um miteinander in Austausch zu treten.

Jusos aus anderen Bundesländern stehen oft vor ähnlichen Herausforderungen, haben mitunter schon Lösungen für Probleme entwickelt oder Erfahrungen mit dem Scheitern von Ideen. Wir werden Treffen organisieren, die auch die länderübergreifende Vernetzung stärken wird und gute Lösungen aus anderen Bundesländern aufgreift.

LAK gegen Rechts (gR):

In den letzten zwei Jahren haben sich Rechtsextremismus und rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft stark verändert. Der unterschwellige Alltagsrassismus hat sich weiterentwickelt. Rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen, die früher nur an Stammtischen, im privaten Umfeld oder in anonymer Form in den Kommentaren von Online-Zeitungen und Blogs geäußert wurden, werden zunehmend aggressiver und öffentlicher vorgetragen. Der offen zur Schau getragene Rechtsextremismus ist kein Phänomen der subkulturell geprägten rechtsextremen Szene, sondern auch zunehmend in dem sich als traditionell bürgerlich verstehenden Teil der Gesellschaft verankert.

Das Verhalten der CDU zum Beginn der 7. Wahlperiode zeigt, dass auch der politische Einfluss der rechtsextremen AfD nicht zu unterschätzen ist und Akteure innerhalb der CDU einer Regierungsbeteiligung der AfD nicht ablehnend gegenüber stehen. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus wird auch weiterhin ein Schwerpunkt der Arbeit der Jusos Sachsen-Anhalt sein. Wir werden dabei auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Vereinen, Verbänden und Parteien, beziehungsweise deren Jugendorganisationen verstärken.

Die Missachtung der Bürgerrechte, sowie das Verhalten und die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes wird von uns ebenfalls genauer beobachtet werden. Die Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Polizeiidentifikationsnummern, einer langjährigen Jusoforderung, in geschlossenen Einsätzen werden wir ebenso kritisch begleiten.

Landesarbeitskreis Digitales, Internationales, Gleichstellung und Europa (DInGE):

Der Landesarbeitskreis Gleichstellung, Europa, Netzpolitik und Internationales wird zu seinen Aufgabengebieten der letzten zwei Jahre den eigenständigen Bereich Europa hinzubekommen, der bisher im Bereich „Internationales“ angedacht war. Der Arbeitskreis wird mit den jeweiligen SPD-Gremien (AsF, FA Europa usw.) zusammenarbeiten.

Digitales:

Auch nach der Entscheidung auf dem SPD Konvent die Vorratsdatenspeicherung wieder einzuführen, ist es Aufgabe der Jusos sich stärker mit dem Thema Netzpolitik zu befassen. Wenn es in den nächsten Jahren weitere Kampagnen zu diesem Gesetz, welches im Jahr 2018 evaluiert werden soll, gibt, wird sich der Arbeitskreis hier einbringen. Die Jusos müssen sich der Herausforderung der Entwicklung einer netzpolitischen Strategie auf nationaler wie auf europäischer Ebene stellen, um besonders hier in die SPD hinein zu wirken.

Internationales:

Dem Thema Internationales soll in der nächsten Periode mehr Bedeutung beigemessen werden. Die Beschäftigung mit diesem Thema muss dabei über eine Beteiligung beim IUSY/ECOSY hinausgehen. In Zusammenarbeit mit anderen LAK können hier aktuelle internationale Entwicklungen sowie grundlegende Fragestellungen behandelt werden. Durch diese stärkere Beachtung internationaler Themen wird ferner der Erfahrung Rechnung getragen, dass derartige Themen im Landesverband durchaus auf Interesse stoßen.

Gleichstellung:

Der Landesarbeitskreis wird sich auch weiterhin dem Themenkomplex innerverbandlicher und gesellschaftlicher Gleichstellung widmen. Unserem Selbstverständnis nach, gilt es Strukturen zu schaffen und systematisch für eine Gleichberechtigung zwischen Frau* und Mann* zu kämpfen. Aber nicht nur die Gleichberechtigung von Frau und Mann liegt in unserem Fokus, sondern auch jede Form von Diskriminierung und Ungleichbehandlung benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen. Unsere Arbeit weist dabei über ein klar zweigeschlechtlich unterscheidendes Bild von Menschsein hinaus.

Europa:

Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen, zum Beispiel in der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, aber auch der Finanzpolitik, steht die Europäische Union am Scheideweg. Der Arbeitskreis will ein Forum für eine vertiefte Betrachtung, Analyse und Diskussion in diesen komplexen Themenfeldern bieten. Der Arbeitskreis wird sich ebenfalls im Vorfeld der Europawahl an der inhaltlichen Ausgestaltung des Wahlprogrammes beteiligen.

Landesarbeitskreis Ökonomie/Ökologie (ÖkÖk):

Im Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie geht es nicht nur um die Bearbeitung klassischer Themen wie Haushaltspolitik, Arbeitsmarkt, Erneuerbare Energien oder Verkehr. Vielmehr müssen wir uns mit dem Zusammenspiel von sinnvoller Geldmittelverwendung und nachhaltigem Umweltschutz auseinandersetzen. Jedes gesellschaftliche Thema kann in diesen Dimensionen betrachtet werden, sodass sich für den Landesarbeitskreis ein breites Arbeitsspektrum ergibt. Besonders mit den Landesarbeitskreisen "Bildung und Soziales" und "Digitales, Internationales, Gleichstellung und Europa" sowie den SPD-Fachausschüssen "Energie" "Finanzen" und "Wirtschaft" gibt es einige Themen die gemeinsam bearbeitet werden können.

Es ist Aufgabe des LAK ÖkÖk sich Gedanken zu einer aktiven Wirtschaftspolitik zu machen. Diese Politik muss es den Menschen ermöglichen sich ihre Lebensträume erfüllen zu können. Hierzu gehören eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen allen Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft, damit allen jungen Menschen in Sachsen-Anhalt die Chance gegeben wird hier zu bleiben.

Im Bereich der Kommunalpolitik werden wir uns stärker mit den Grundbedürfnissen wie bezahlbarer Wohnraum, medizinische Versorgung und öffentlicher Nahverkehr beschäftigen müssen. Auch die andauernde Hilfeleistung für sozial Benachteiligte und Menschen in Armut muss trotz knapper Kassen gewährleistet sein.

Die Energiewende ist weiterhin ein Projekt das für wichtige Diskussionen sorgen wird. Die Herausforderungen in der Energiepolitik reichen von technischen Fragen wie Netzausbau, Energiespeicherung und sichere Energieversorgung bis zur Transformation des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hin zu einem marktwirtschaftlichen System. Die Bezahlbarkeit von Strom und Gas sowie die Umweltverträglichkeit des Netzausbaus und der Energiespeicher stehen hier für uns im Fokus.

Und schließlich müssen wir die politischen Entscheidungen der vergangenen Jahre beim Thema Verkehr evaluieren. Ist das Verkehrsnetz ausreichend ausgebaut und saniert? Haben die Umweltzonen ihren Zweck erfüllt? Wie stehen die Chancen für ein allgemeines Tempolimit?

Wir werden uns auch Zeit für große Themen nehmen, wie einer grundlegenden Reform der deutschen Steuergesetzgebung oder der Europäischen Geldverteilungspolitik. Darüber hinaus sind wir als Landesarbeitskreis immer in der Pflicht, aktuelle Themen aufzugreifen und gute persönliche Kontakte zu ReferentInnen, Unternehmen oder NGOs aufzubauen bzw. zu nutzen.

Arbeit der Juso-Hochschulgruppen

Die Juso-Hochschulgruppen des Landes setzen sich an den Hochschulstandorten für die Interessen der Studierenden ein. Wir sind offen für jede und jeden, der/die sich mit sozialdemokratischem und sozialistischem Grundverständnis in der Hochschulpolitik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene einbringen will. Nach dem die Kämpfe um die Finanzierung der Hochschulen für das erste ausgefochten sind, liegt als nächstes die Novellierung der Landeshochschulgesetze vor uns. Als Hochschulgruppen werden wir uns dafür einsetzen, dass die Interessen von Studierenden im Vordergrund stehen. Hierfür möchten wir eine Arbeitsgruppe innerhalb der Hochschulgruppen initiieren, die die genauen Änderungswünsche und Vorschläge ausarbeitet. Generell setzen wir uns an allen Hochschulen dafür ein, dass sich alle Studierenden wohlfühlen und setzen uns gegen jedwede Diskriminierung zur Wehr.

Juso-Schüler*innen

Wir sehen in den Jusos-Schüler*innen eine sehr gute Möglichkeit, einer besonders jungen Gruppe an Mitgliedern unseres Verbandes ein eigenes Forum zu geben und wollen dies stärken.

Die Juso-Schüler*innen sollen wieder eine organisatorische und aktive Basis für alle Jusos in schulischer und beruflicher Ausbildung werden. Insbesondere diese Balance und Verbindung der beiden genannten Gruppen und die organisatorischen Rahmenbedingungen, die zumeist zu eher kurzen Mitgliedschaften und Phasen unterschiedlicher Intensität in der Arbeit dieser Gruppen führen, stellen Herausforderungen dar, denen wir begegnen möchten. Unter organisatorischer Begleitung durch ein Mitglied des Landesvorstandes möchten wir diese Struktur wieder mit neuem Leben erfüllen, um den im Verband Aktiven eine zusätzliche Möglichkeit zur themenspezifischen Arbeit zu geben. Hierzu wird die Initiative zur Belebung dieser Struktur zeitnah vom Landesvorstand ausgehen. Die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Jusos Schüler*innen und dem Landesarbeitskreis Bildung ist zu prüfen und obliegt dabei insbesondere auch der Einschätzung der Schüler*innengruppe. Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Gruppe ist die Auseinandersetzung und Meinungsbildung zu Themen der Schulpolitik unter sozialdemokratischem Grundverständnis. Mittelbar werden dabei auch Grundlagen und Kenntnis der Arbeit in einer Nachwuchsorganisation und die Möglichkeit zur besseren Vernetzung geschaffen. Auch streben wir eine Beteiligung an spezifischen Veranstaltungen des Bundesverbandes im Bereich der Schüler*innen an.

Die Arbeit der Schüler*innengruppe erfolgt dabei unter dem Fokus auf Bildung und Ausbildung, ist aber hierauf keinesfalls beschränkt. Die Formen der Zusammenarbeit

obliegen der Gestaltung der Interessierten. Wünschenswert wäre die Sichtbarkeit der Aktivitäten, zum Beispiel durch die Begleitung dieser auf der Internetseite und der Facebookseite des Landesverbandes.

ständige Projekte:

Blog II. statt Zeitschrift 2:

Nachdem wir bereits in den 1990er Jahren zeitweise über eine Verbandszeitschrift, den Eierwurf, verfügten und dieses Medium in den Jahren 2013 und 2014 erneut getestet haben, kamen wir gemeinsam zu dem Schluss, dass die Umstellung auf einen Blog uns zeitgemäßer, praktikabler und interaktiver erscheint. Insbesondere die technischen Möglichkeiten der Verknüpfung von verschiedenen Inhalten und Darstellungsformen sowie die Chance zum Austausch via Kommentarfunktion erscheinen uns dabei sinnvoll, und überlagern dabei das ebenfalls vorhandene Kriterium der organisatorischen Vereinfachung deutlich. Erste Versuche in den vergangenen zwei Jahren erwiesen sich zwar als interessantes Mittel zur Darstellung politischer Perspektiven, das Mittel Blog blieb insgesamt jedoch hinter dem Ziel zurück. Von den Vorteilen, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeit eine basisdemokratische Plattform für alle Mitglieder anzubieten sind wir jedoch weiterhin überzeugt und möchten daher einen neuen Versuch wagen. Zwar kommt dem Landesvorstand hier eine besondere Verantwortung zu, diesen Blog mit Inhalten zu beleben, ausdrücklich soll dies aber ein Mittel aller Jusos des Landesverbandes zur Debatte sein. Der Landesvorstand wird sowohl in der eigenen Arbeit konkrete Vereinbarungen zu Blog-Aktivitäten, wie einen Zeitplan zur Bestückung, erstellen, als auch weitere geeignete Mittel zur Belebung dieses Mediums ergreifen. Das Vorhaben soll damit den Kinderschuhen entwachsen und langfristig zu einem etablierten Mittel in der innerverbandlichen Kommunikation werden und somit auch Wirkung nach außen entfalten.

Der Tag der Kreis- und Stadtverbände:

Der Tag der Kreis- und Stadtverbände diente uns in den letzten zwei Jahren vor allem der Vernetzung und der Bestimmung der Kampagnenfähigkeit für landesweite Aktionen. Zukünftig wird der Tag der Kreis- und Stadtverbände als flexibles Angebot des Landesvorstandes an die Gliederungen des Landesverbandes ausgeschrieben. Der Inhalt richtet sich nach den örtlichen Bedürfnissen. Ziel ist einzelne Verbände bei Kampagnen und Aktionen vor Ort, beispielsweise bei der Kandidatur von Jusos, personell und organisatorisch zu unterstützen. Dabei bleibt dieser Tag mitgliederoffen und findet mindestens einmal im Jahr statt, außerhalb von Wahlen richtet sich das Angebot vor allem an strukturschwache Verbände mit dem Ziel eine Aktivierung zu erreichen. Auch teambildende Maßnahmen können zur Vernetzung und einem konstruktiven Miteinander im Landesverband führen.

Der Juso-Konvent:

Der Juso-Konvent ist ein bisher zweimal mit sehr guter Resonanz durchgeführtes Format, welches die Möglichkeit zum Austausch zwischen Jusos und diversen Mandats- und Verantwortungsträger*innen, bis hin zu Staatssekretär*innen und Minister*innen, der SPD bietet. Dieser Kreis soll, wenn thematisch geboten auch um Vertreter*innen der kommunalen bzw. Landkreisebene erweitert werden.

Ziel der Konvente ist es, sowohl einen gegenseitigen Austausch – auch das Erklären von Hintergründen und Positionen – zu fördern und zudem auch eine Kontaktaufnahme sowie einen offenen, kritischen und konstruktiven Austausch in sehr kompakter Form zu ermöglichen.

Die Organisation des Konventes ist Aufgabe des Landesvorstandes, der die Durchführung einmal im Jahr – vorzugsweise im letzten Quartal – anstreben soll. Im Fokus sollen dabei jeweils drei bis vier, auch weiterhin unter Einbeziehung der Basis festzulegende, Themen stehen. Zudem soll die Ergebnissicherung weiterentwickelt werden, um die Nachhaltigkeit der Veranstaltung zu steigern.

Bildungs- und Seminararbeit

Hochwertige Bildungs- und Seminarangebote haben das Potential aktive Mitgliedschaft zu ermöglichen und zu festigen. Deshalb wollen wir zukünftig verstärkt darauf setzen, unseren Mitgliedern wertvolle Veranstaltungen anzubieten. Die Seminare sollen dabei auch so ausgerichtet werden, dass ein Mehrwert sowohl für das einzelne Mitglied als auch für den gesamten Verband entsteht. Erworbene Kompetenzen können somit durch die Mitarbeit weiter geschult werden. Dennoch werden wir auch Angebote zu Themen machen, die auf den ersten Blick nur mittelbaren Bezug zur Arbeitsrealität im Jugendverband aufweisen, da auch der Blick über den klassischen Tellerrand Anspruch von Juso-Arbeit sein muss.

In ganz- oder mehrtägigen Seminaren, sollen unsere Mitglieder von externen Expert*innen Wissen zu einem vielfältigen Portfolio vermittelt bekommen, wobei wir auch auf die methodische und planerische Vielfalt im Seminarangebot achten wollen. Die Themen der Seminare sind dabei nicht begrenzt und obliegen auch der Mitgestaltung durch die so genannte Basis. Der Landesvorstand achtet im Rahmen der Planung auch auf die möglichst große Vielfalt dieser Themen, die z.B. von Fertigkeiten im Bereich von Moderation und Sitzungsleitung, über regional spezifische Themen bis hin zu Aspekten der internationalen Politik oder auch der Theorie und Ideengeschichte der Sozialdemokratie reichen könnten. Die Seminare sollen regelmäßig, mindestens jedoch halbjährlich, an abwechselnden Orten in Sachsen-Anhalt stattfinden. Die Veranstaltungen stehen in erster Linie Jusos offen und sollen der positiven Entwicklung unserer Mitglieder und somit des gesamten Verbandes zu Gute kommen. - Wir werden aber prüfen ob es sinnvoll und möglich ist, befreundete Organisationen wie zum Beispiel SJD die Falken und dem Landesjugendwerk der AWO mit einzubeziehen und unter Umständen gemeinsame Seminare anzubieten, gleiches gilt für die Kooperation mit anderen Juso-Verbänden.

Lebendige Verbandsarbeit und Beteiligung

Aktivierung zur Beteiligung im Allgemeinen:

Der Landesverband lebt vom Mitmachen. Um in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt ein räumlich nahes Angebot zu schaffen, werden Veranstaltungen des Landesvorstandes, Landesausschusses und der Landesarbeitskreise nach Möglichkeit abwechselnd in verschiedenen Regionen stattfinden –in den letzten zwei Jahren fand hier mit zwischen drei Orten regelmäßig pendelten Landesvorstandssitzungen bereits ein Schritt in die richtige Richtung statt. Um die Beteiligung an Veranstaltungen und in Gremien zu erhöhen, wird auf günstige Rahmenbedingungen geachtet. Hier zu nennen ist die langfristige Einladung. Dabei sollte eine Terminierungsschiene von 4 Wochen im Voraus angestrebt und weniger als 2 Wochen als Zeitraum vermieden werden, ausgenommen sind Demonstrationen und andere nur kurzfristig planbare Aktivitäten. Außerdem wird die verstärkte Terminbündelung angestrebt, wo dies sinnvoll erscheint.

Zudem ist zukünftig noch gezielter darauf zu achten, wie neue oder eher unerfahrene Mitglieder noch besser und nachhaltiger in die Strukturen eingebunden werden können.

Gendersensible-Foren:

Der Landesvorstand wird damit beauftragt, dem Landesausschuss innerhalb eines halben Jahres einen Vorschlag zur Ausgestaltung von gendersensiblen Foren und Plenen zu unterbreiten, der auch die Möglichkeiten zur Unterbrechung von Sitzungen und Landesdelegiertenkonferenzen für genderspezifische Beratungen vorsieht, welcher dann im Landesausschuss beraten und im weiteren beschlossen werden soll. Hierbei sind auch die verschiedenen Erfahrungen und Modelle, wie sie in den benachbarten Verbänden in Teilen praktiziert werden, in die Überlegungen einzubeziehen. Diese Etablierung soll sich anschließend auch in der Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenzen widerspiegeln. Wichtig hierbei ist, dass dieser Wandel hin zu einer noch besseren Verbandskultur von einem intensiven Debatten- und Austauschprozess zur grundlegenden

Reflektion dieses Anliegens und Ansatzes begleitet wird, auch damit diese Neuerung am Ende von allen getragen und in ihrer Intention möglichst einheitlich gedeutet wird.

Das Awareness-Team:

Auf den letzten beiden Landesdelegiertenkonferenzen haben wir erste Erfahrungen mit der Arbeit eines Awareness-Teams gesammelt. Diese stellt für uns einen Mehrwert da uns soll daher zukünftig sowohl auf Landesdelegiertenkonferenzen als auch auf mehrtägigen sonstigen Veranstaltungen, jeweils in angemessener Form, etabliert werden und somit ein selbstverständlicher Part des Verbandsalltages sein.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Die Pressearbeit soll sowohl der Positionierung in und Mitgestaltung von aktuellen Debatten als auch der Ideenverbreitung und des Ausbaus des Bekanntheitsgrades der Jusos Sachsen-Anhalt dienen. Dies geschieht in verschiedener Form. Beispiele sind das Versenden und Veröffentlichen von Pressemitteilungen und Postings, wie auch die direkte Kommunikation mit Medienvertreter*innen. Zwar kommt der/dem Landesvorsitzenden hier besondere Bedeutung zu, die/der soll in dieser Aufgabe jedoch auch Unterstützung aus der Gesamtheit des Landesvorstands erfahren. Jedes Mitglied des Landesvorstandes, auch die Kooptierten, sollten es sich zum Ziel setzen pro Jahr mindestens eine Pressemitteilung vorzuschlagen und in Umlauf zu bringen. Dies sollte natürlich nicht dazu dienen eine solche um der Pressemitteilung selbst Willen zu kreieren, aber qualifizierte Themen gibt es in dieser Hinsicht genügend – Erfahrenere Landesvorstandsmitglieder stehen hierbei in der besonderen Verantwortung, neueren beratend zur Seite zu stehen. Neben klassischen Formen der Öffentlichkeitsarbeit soll zukünftig auch das Arbeiten mit Kommentaren und ähnlichem mehr Beachtung erfahren.

Koalitionsarbeit – Nachverfolgung Vertrag:

Mit der Bildung der neuen Landesregierung und dem vorliegenden Koalitionsvertrag sehen wir eine große Anzahl an Themen und Herausforderungen, die die Lebenswelt junger Menschen betreffen. Daher versteht es der Juso-Landesvorstand als wesentliche Aufgabe der kommenden zwei Jahre, für den Verband wesentliche Schwerpunkte gemeinsam mit den Landesarbeitskreisen zu definieren und sich für die Umsetzung einsetzen. Hierfür möchten wir insbesondere den regelmäßigen Austausch mit Mitgliedern aus SPD-Fraktion, SPD-Landesvorstand und Regierungsvertreterinnen und -vertretern nutzen. Des Weiteren werden wir uns gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen der Landes-SPD austauschen und Themen sowie konkrete Vorschläge an den Landesvorstand herantragen. Auch werden wir die Nachverfolgung unserer in die Landespolitik Einzug gehaltenen Positionen verbessern.

Projekt „Politik-Praktikum/Politik erlebbar“:

Ziel des Projektes soll es sein, jungen Menschen einen Einblick in die Welt der Politik auf den unterschiedlichen Ebenen zu ermöglichen und zu Engagement zu motivieren. Diesen Einblick wollen wir sowohl Mitgliedern, die jedoch eher inaktiv sind, als auch Interessierten ermöglichen. Um Politik erlebbar zu machen, wollen wir gemeinsam mit den Mandatsträgern und Gliederungen der unterschiedlichen Ebenen ein „Durchlaufprogramm“ entwickeln. Hierfür wird sich aus dem neuen Landesvorstand heraus eine Projektgruppe bilden, welche spätestens Ende August eine Projektskizze dafür auflegt und diese breit in den Verband kommuniziert. An der konzeptionellen Mitarbeit interessierte Jusos, die keine Landesvorstandsmitglieder sind, sollen in diesem Schritt ebenfalls eine Mitwirkungsmöglichkeit erhalten. Um das Projekt finanziell umzusetzen, ist es geplant, die Projektskizze bis Mitte September für den ausgeschriebenen Innovationsfond der Bundes-SPD einzureichen.

Wir und die Bundesjusos

Als Jusos Sachsen-Anhalt treten wir politisch nicht nur innerhalb unseres eigenen Landesverbands auf, sondern sind auch auf Bundesebene aktiv. Zum einen geschieht dies über die Teilnahme an Verbandswochenenden, an Bildungsseminaren wie dem Politikdiplom, über Engagement in den Juso-Hochschulgruppen auf Bundesebene, zum anderen aber auch über eine aktive Teilnahme und Einbringung auf dem jährlichen Bundeskongress der Jusos. Wie bereits in den vergangenen Jahren wollen wir auch in Zukunft nicht nur unsere sechs Delegierten dort hin entsenden, sondern dieses Team durch weitere aktiv begleitende Jusos verstärken. Wir wollen daher mit einer aktiven und intensiven Vorbereitung dafür sorgen, dass wir trotz unserer geringen Anzahl an Vertreter*innen doch einzelne aber deutliche Signale setzen können. Hierfür ist es jedoch erforderlich, dass insbesondere vorbereitend sich möglichst viele Mitglieder an der inhaltlichen Arbeit an Anträgen und Antragsbuch beteiligen, weshalb wir mindestens zwei Vorbereitungstreffen anvisieren, die mitgliederöffentlich sind.

Wir sind uns als Jusos Sachsen-Anhalt des Vorhandenseins und der Bedeutung von bestimmten Strömungen auf Juso-Bundesebene bewusst und nehmen hier eine neutrale Haltung ein. Dennoch wollen wir uns mit der inhaltlichen Ausgestaltung selbiger auseinandersetzen und insbesondere die Strömungen auch in ihrer geschichtlichen Relevanz und für den Verband allgemein in Neumitgliederseminaren beachten und sie so in einen verständlichen Kontext setzen.

Wir und die SPD

Wir verstehen uns als Jugendverband, der auch weiterhin den Anspruch hat, eine aktive, verlässliche und gestalterische Rolle innerhalb der SPD, als ein Bestandteil der verbandseigenen Doppelstrategie, zu erfüllen und mit unseren Inhalten zu überzeugen. Wir sehen uns daher als konstruktiven Partner, werden aber immer dort, wo es uns notwendig erscheint auch lauten und deutlichen Protest üben.

Viele Jusos sind gleichzeitig auch innerhalb der SPD als Funktionsträger*innen aktiv oder nehmen Mandate auf kommunaler Ebene wahr. Wir sind damit wichtige Säule des Gesamtverbandes und verbinden damit auch den Anspruch diesen in seiner Zukunftsfähigkeit sowohl inhaltlich als auch personell, mit den anderen Mitgliedern zusammen, langfristig mit zu gestalten. Hierfür übernehmen wir, noch einmal verstärkt seit dem innerparteilichen Umbruchprozess nach der Landtagswahl 2016, auch offiziell Verantwortung. So haben wir erstmals vier nominelle Juso-Mitglieder im Landesvorstand und sehen diese in der Pflicht, mit Unterstützung des gesamten Verbandes, dort einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Wir nehmen jedoch zur Kenntnis, dass die Positionen der Jusos in manchen Aspekten über die der SPD hinaus weisen. Dass wir dennoch wichtige Impulse zur inhaltlichen Ausrichtung des Verbandes geben können und wollen haben wir unter anderem im Rahmen der Erstellung des Landtagswahlprogrammes bewiesen und werden dies, zum Beispiel im Rahmen des Leitbildprozesses und im Rahmen der Programmdebatten zur Bundestags- und Europawahl auch wieder leisten. Zudem steht der Landesvorstand der Jusos auch im Falle eines Unterstützungsbedarfes im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Jusos und SPD auf Kreis- bzw. Stadtverbandsebene zur Verfügung.

Uns ist bewusst, dass eine Landesdelegiertenkonferenz und ein Landesparteitag sich strukturell unterscheiden und letztere keinesfalls genau nach unseren Wünschen und Vorstellungen ablaufen können und werden. Dennoch ist für uns klar, dass die inhaltlichen Debatten im Zentrum der Arbeit stehen sollten und andere Aspekte wie Grußworte zwar zu einer solchen Veranstaltung gehören, aber kein Selbstzweck sein dürfen. Wir werden daher, unter anderem auch im Hinblick auf den Antragsumfang, insbesondere durch eine sehr gute Koordinierung und Vorbereitung der Anträge zu Parteitag einen Beitrag zum guten Ablauf dieser leisten. Der Programmparteitag in Leuna mit seiner guten Zusammenarbeit mit der

Antragskommission, anderen Arbeitsgemeinschaften und dem Präsidium kann hier als Orientierung dienen. Hierbei kommt neben der/dem Landesvorsitzenden eine besonders hohe Verantwortung zu, was aber sowohl die stellvertretenden Landesvorstandsmitglieder als auch alle anderen Jusos nicht von einer Verantwortung zur Mitwirkung entbindet. Es ist dabei unser Anspruch, dass die Vertretung von Juso-Interessen sich auf mehrere Schultern verteilt und auch Jusos ohne Delegiertenmandat zur Mitwirkung animiert werden. Auch wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass die Delegierten der Landesparteitage von ihren Kreis- bzw. Stadtverbänden gewählt werden, ist ein gewisses Maß an Juso-Disziplin für uns erstrebenswert

Zudem gilt für uns, dass wir uns neben programmatischen Prozessen auch in andere Aktivitäten, wie Wahlkämpfe, aktiv einbringen. Diese sind jedoch keinesfalls ein alleiniger Arbeitsbereich für den Jugendverband und müssen, wie auch inhaltliche Debatten, von allen Gliederungen und Mitgliedern der Partei in angemessener Art und Weise und solidarisch geführt werden.

Gegenseitiges Interesse für die Themen und Ziele sowie auch für die vielleicht vorhandenen strukturellen Probleme in einzelnen Gliederungen der Partei ist für uns selbstverständlich. Wir werden daher die bereits bestehenden Kontakte und Vernetzungen, zum Beispiel zur AsF und den Schwusos sowie der AG Selbstaktiv, weiter verstetigen und zusätzliche aufbauen.

Zusammenarbeit mit anderen politischen Jugendverbänden und weiteren Gruppen

Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Verbänden ist für uns von hoher Bedeutung, dies gilt sowohl für andere politische Jugendverbände demokratischer Couleur in Sachsen-Anhalt und klassische Vorfeldorganisationen und Gewerkschaften wie auch für weitere Verbände und Interessengruppen. Wir sehen uns hierbei als breit interessierter und für thematische Zusammenarbeit offener Verband an und gehen auch aktiv auf andere zu. Neben unserer generellen Zusammenarbeit mit anderen Jusos im ganzen Bundesgebiet streben wir insbesondere eine Verstetigung der in der letzten Zeit entwickelten, guten Kontakte zu den anderen ostdeutschen Juso-Verbänden an und möchten diese neben der Vorsitzenebene auch für die Vorstände und die Gesamtmitgliedschaft ausbauen.

Wir werden in den kommenden zwei Jahren eine aktive Rolle in der Wiederbelebung des Rings politischer Jugend in Sachsen-Anhalt einnehmen und uns zudem Gedanken um Bedarfe und gegebenenfalls geeignete Formen der Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen der anderen an der Regierung beteiligten Parteien machen.

Wir und die internationale Arbeit

Als Teil der Jusos ist es für uns selbstverständlich uns nicht nur als lokalen oder nationalen Verband zu begreifen, sondern auch den Kontakt und die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten in einem internationalistischen Kontext zu suchen.

In der Vergangenheit ist dies bereits immer wieder mit dem Besuch der großen Treffen der Young European Socialists (YES) und der International Union of Socialist Youth (IUSY) geschehen. Unsere Teilnahme an diesen Festivals wollen wir fortsetzen und auch weiterhin entsprechend von Landesverbandsebene aus unterstützen.

Selbstverständlich ermuntern wir unsere Mitglieder auch jederzeit bestehende Kontakte zu internationalen Partnerorganisationen zu intensivieren und sind auch bereit Engagement in diesem Kontext zu fördern.

Des Weiteren sind wir als Jusos auch Teil des Willy-Brand-Centers in Jerusalem, einem deutsch-israelisch-palästinensischem Begegnungszentrum. In den nächsten Jahren streben wir als Jusos Sachsen-Anhalt an, an einer der Austauschfahrten dorthin teilzunehmen und

uns in diesem Kontext intensiv mit den politischen Gegebenheiten vor Ort, aber auch mit unserer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen.

Ausblick und Zusammenfassendes

Auch in den nächsten Jahren wird die Arbeit der Jusos Sachsen-Anhalt nicht weniger werden. Nach der Niederlage zur Landtagswahl 2016 wurde in weiten Teilen der SPD-Basis die Forderung laut, sich stärker mit inhaltlichen Themen auseinander zusetzen. Die Sozialdemokratie muss auf die neuen Anforderungen und Schwierigkeiten im Alltag der Menschen neue Lösungen finden. Die Jusos werden ihren inhaltlichen Beitrag dazu leisten und mithelfen neue Ideen zu entwickeln.

Die Jusos Sachsen-Anhalt werden auch zur Bundestagswahl 2017 inhaltliche Vorschläge für das Wahlprogramm machen, auch um zum Beispiel in Bereichen wie TTIP, CETA, Steuerpolitik, Vorratsdatenspeicherungen oder Rüstungsexporten korrigierend in die aktuelle SPD-Regierungspolitik einzugreifen. Im Vorfeld der Kommunal- und Europawahl 2019 werden sich die Jusos werden wieder, z.B. mit Schulungen, beziehungsweise Seminare für Kandidierend, aktiv in die Vorbereitungen einbringen. Im Jahre 2013 gab es hierfür in Zusammenarbeit mit der SGK das Seminar „30 unter 30“, in dem Jusos für kommunale Verantwortung geschult wurden. Angesichts der Altersentwicklung in der SPD, muss die verstärkte Verankerung von Jusos in den kommunalen Gremien zentrales Anliegen der Juso-Arbeit in den nächsten Jahren sein.

Die Jusos Sachsen-Anhalt werden gegenüber der Mutterpartei auch weiterhin eine solidarische , aber auch kritische Grundhaltung haben.

Die politische Stimmung in Deutschland ist in vielen Bereichen vergiftet. Rechtspopulisten, bis Rechtsextreme, Verschwörungstheoretiker, „Besorgte Bürger“, Wohlstandschauvinisten, Evangelikale und andere sogenannte „Verteidiger des christlichen Abendlandes“ haben in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen. Angesichts der so genannten Flüchtlingskrise wollen nicht wenige Bürger*innen, aber auch auch Politiker*innen, am liebsten ihre Augen verschließen und Geflüchteten die Einreise verwehren, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt. Auf Bundesebene ist man gewillt Menschenrechtsverletzungen in Staaten, wie zum Beispiel der Türkei, zu ignorieren, nur um sich nicht selber die „Finger schmutzig zu machen“. Wir Jusos werden nicht die Augen davor verschließen, wenn die humanistischen und weltoffenen Werte für die Europa steht, durch Grenzzäune, Schießbefehle und Unterdrückung mit Füßen getreten werden.

Sachsen-Anhalts größtes soziales und gesellschaftliches Problem sind nicht die zumeist jungen Flüchtlinge, sondern ist der demografische Wandel. Wir sehen die Flüchtlingskrise als Chance für Sachsen-Anhalt und werden den politisch Verantwortlichen bei diesem Thema sehr genau auf die Finger schauen.

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft

1 Antrag: B1
2
3 Antragssteller: SV Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, AfB Sachsen-Anhalt
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Grundkenntnisse der Kinder- und Jugendhilfe in der Lehrerausbildung besser verankern**

10
11 Um eine bessere Verzahnung von Bildungs-, Erziehungs- und Hilfeleistungen im Sinne der Kinder-
12 und Jugendlichen, in Sachsen-Anhalts Schulen, auch in der täglichen Praxis zu erreichen, sollen
13 Grundkenntnisse der Strukturen, Handlungsweisen und Zuständigkeiten der Kinder- und
14 Jugendhilfe besser in der Lehrer_innenausbildung wie auch Fortbildung verankert werden.
15

16 **Begründung:**

17
18 Die Implementierung von Schulsozialarbeit in den letzten Jahren hat für eine engere Verzahnung
19 des Schulsystems mit dem der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) beigetragen. Wesentlicher
20 Gründe sind der Anstieg von Schuldelinquenz und Schulversagen. Jedoch umfasst die Kinder- und
21 Jugendhilfe weitere bedeutende Angebote und Leistungen.
22

23 Als bundesweites System von außerschulischen Bildungs-, Freizeits- und vor allem
24 Hilfeleistungen, besteht der Geltungsbereich der Angebote für alle Kinder- und Jugendlichen von
25 6-27 Jahren. Im Landesschulgesetz sind einige Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe
26 enthalten. Zu nennen ist vor allem der §38(3), der im Rahmen der Kindeswohlgefährdung
27 oberflächliche Bezüge herstellt.
28

29 Schülerinnen und Schüler sind in erster Linie Kinder- und Jugendliche. Um ihnen eine umfassende
30 Bildung und Erziehung zu gewährleisten und in ihren Lebens- und Problemlagen, angemessen
31 Hilfe, Beratung und Unterstützung zu gewähren, ist es unabdingbar das die Lehrkräfte in Sachsen-
32 Anhalt, Grundkenntnisse über Strukturen, Zuständigkeiten und Logiken der Kinder- und
33 Jugendhilfe besitzen.
34

35 Die Lehrkräfte müssen von ihrer Ausbildung an, für Bedarfssituationen, für den Hilfefall aber auch
36 in Ergänzung und Unterstützung des Bildungs- und Erziehungsauftrages, darauf vorbereitet
37 werden, welche Systeme greifen und angesprochen werden, wenn bspw. Schüler*innen
38 Verhaltensauffälligkeiten zeigen, wenn das Elternhaus nicht mehr die Sorge für ihr Kind tragen darf
39 oder kontinuierlicher Leistungsabfall oder Schuldelinquenz ihre Ursache im sozialen und
40 emotionalen Gefüge haben.
41

42 Die Vorbereitung aller Lehrkräfte auf ein professionelles pädagogisches Handeln und das Wissen
43 um Partner_innen außerhalb der Schule muss ebenso wesentlicher Bestandteil der Aus- und
44 Fortbildung sein weil, Lehrerinnen und Lehrer einen wesentlichen Teil der Kindheit und Jugend der
45 Schülerinnen und Schüler begleiten und ein effektives Zusammenspiel aller staatlichen und freien
46 Bildungs- Erziehungs- und Hilfsinstitutionen letztlich im Sinne des Erziehungs- und Bildungsauftrag
47 des Landesschulgesetzes §1 und dem §1 SGB VIII, Recht auf Erziehung, Elternverantwortung,
48 Jugendhilfe, dem positiven Heranwachsen aller Kinder- und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt dient.
49
50
51
52
53
54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
56 Weitergeleitet an:
57

Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft

1 Antrag: B2
2
3 Antragssteller: SV Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Graduiertenförderung – keine zwei Klassen Stipendien**

10
11 Die letzte Novelle der Landesgraduiertenförderung hat viele sehr wichtige und sinnvolle
12 Veränderungen, z.B. in Bezug auf Dauer, Höhe und Zuverdienstmöglichkeiten, gebracht. Diese
13 gelten jedoch bisher nur für neu aufgenommene Stipendiaten. Dies gilt es zügig zu verändern. Die
14 Bedingungen sind daher rückwirkend und vollständig für ausnahmslos alle Stipendiat*innen an die
15 neuen Regelungen anzupassen.
16

17 **Begründung:**

18
19 Die Neuregelungen, die ausnahmslos sinnvoll sind und die Realität der Bedürfnisse von
20 Promovierenden besser abbilden, sind für das Gelingen von Promotionsvorhaben von elementarer
21 Bedeutung. Es ist daher unverständlich, dass die Neuregelungen alleinig für seit diesem Jahr
22 aufgenommene Personen gelten und bisher bereits geförderte Personen von diesen
23 Verbesserungen ausgenommen sind. Zwar würden hier durch höhere Sätze und Vereinfachte
24 Verlängerungen auch Mehrkosten entstehen – nicht jedoch z.B. bei einer Vereinheitlichung auf die
25 erhöhten Zuverdienstgrenzen – zum einen sind diese aber verglichen mit der Investition in junge,
26 gut ausgebildete Menschen im Land gering, und zum anderen für eine gerechte Ausgestaltung der
27 Förderung in Kauf zu nehmen.
28
29
30
31

32 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

33 Weitergeleitet an:
34

Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft

1 Antrag: B3
2
3 Antragsteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen-Anhalt möge beschließen:
8

Erneuerung des Lehramtes

10 Die SPD-Landtagsfraktion soll die Möglichkeiten von Pilotprojekten für die Neukonzeptionierung
11 des Lehramtes erarbeiten. Dabei darf es keine negativen Auswirkungen auf die Akkreditierung der
12 Studienabschlüsse geben. Hierzu soll das zuständige Ministerium bis 2018 konkrete Möglichkeiten
13 ausarbeiten und für die Universität bereitstellen.
14

Begründung:

15
16
17
18 Ein wichtiger Grund ist die nach wie vor fehlende Attraktivität des Lehramtes, insbesondere in den
19 so gewünschten MINT-Fächern. Zukünftige Student*innen werden häufig durch die Anforderungen
20 des Studiums abgeschreckt. Wenn sie sich doch für das Studium entscheiden, stehen sie einem
21 sehr hohen fachwissenschaftlichen Studium mit einem gleichzeitig zu niedrigem Anteil an Didaktik
22 und einem ‚geschützten Raum‘ für das Ausprobieren gegenüber.
23

24 Das führt zu Effekten wie dem Praxis-Schock im Referendariat und einer fehlenden
25 Aufgeschlossenheit gegenüber fortschrittlichen Methoden. Stattdessen ist, wie mit der Konstanzer
26 Wanne empirisch gezeigt, ein Zurückfallen der Junglehrer*innen in konservative Methoden wie
27 Frontalunterricht, autoritärer Disziplinierung und Strafarbeiten zu beobachten.

28 Um diesem entgegenzuwirken muss das Modell des Lehramtsstudium erneuert werden. Es gibt
29 durchaus progressive Professoren in den einzelnen Fakultäten, allerdings fürchten sie den
30 ‚bürokratischen Aufwand‘ der durch die Einführung von Pilotprojekten entsteht. Dadurch fehlen
31 neue Impulse die sich wiederum schlecht auf die Lehre insgesamt aus.
32

33 Andere Bundesländer haben bereits ihre Lehramts-Studien modernisiert und sind damit recht
34 erfolgreich, zum Beispiel Thüringen. Allerdings kommt es auf den politischen Willen an die
35 Studienordnungen zu erneuern, da die Universität hier eher in einem Dienstleisterverhältnis
36 stehen.
37

38
39
40
41
42 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
43 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C1
2
3 Antragssteller: LAK gegen Rechtsextremismus über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung: Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt zur Weiterleitung an die
6 SPD-Landtagsfraktion
7

8 **Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung**

9
10 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich für eine freiheitliche und pluralistische Demokratie
11 und gegen rassistische und menschenfeindliche Einstellungs- und Handlungsformen ein.
12

13 Dafür soll der Kampf gegen rassistische und menschenverachtende Kräfte und der Schutz
14 einer vielfältigen Gesellschaft verfassungsrechtlichen Rückhalt erfahren. Nach dem Vorbild
15 des Landes Brandenburg sollen folgende Änderungen der Landesverfassung Sachsen-
16 Anhalts erfolgen:
17

- 18 • Dem Artikel 2 Absatz 1 ist folgender Satz hinzuzufügen: „Das Land schützt das
19 friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und
20 menschenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“
- 21 • Artikel 7 Absatz 3 ist wie folgt zu fassen: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes,
22 seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner
23 religiösen oder politischen Anschauungen oder aus rassistischen Gründen benachteiligt oder
24 bevorzugt werden.

25 **Begründung:**

26
27 Das Land Sachsen-Anhalt steht in besonderer Verantwortung eine Wiederbelebung
28 rassistischer und menschenverachtender Ideologien zu verhindern.
29

30 Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie das
31 Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus unterstützen dabei gesellschaftliches
32 Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener
33 Menschenfeindlichkeit. Eingedenk der Anerkennung dieser Landesstrategien bedarf es einer
34 Antirassismus-Klausel als ein klares symbolpolitisches aber auch verfassungsrechtliches
35 Signal für die Verwaltungspraxis, Rechtsprechung und Bevölkerung, dass rassistisches und
36 menschenfeindliches Gedankengut eine Gefahr für das demokratische Gemeinwesen
37 darstellt.
38

39 Die Veränderung des Artikels 2 Absatz 1 reagiert u.a. auf die durch Brandanschläge und
40 Übergriffe auf Minderheiten anwachsende Sichtbarkeit rassistischer und
41 menschenfeindlicher Einstellungen. Die vorgeschlagene Antirassismus-Klausel nimmt
42 Impulse der europäischen Rechtsprechung auf (z.B. aus dem Rahmenbeschluss
43 2008/913/JI des Rates vom 28.11.2008) und sichert für das Land Sachsen-Anhalt eine
44 verfassungsrechtliche Legitimation für die Auseinandersetzung mit rassistischen und
45 menschenfeindlichen Ideologiemomenten und Aktivitäten.
46

47 Die Änderung des Artikels 7 Absatz 3 zielt auf die Streichung der für sich rassistischen
48 Konstruktion „Rasse“. Deren Nennung in der Rechtspraxis ist nach Empfehlung des
49 Deutschen Instituts für Menschenrechte nicht mehr zeitgemäß, da rassistische
50 Stereotypisierungen reproduziert werden. Es wird vorgeschlagen den Artikel dahingehend zu
51 ändern, dass der Begriff „Rasse“ gestrichen wird und durch die Einfügung „oder aus
52 rassistischen Gründen“ sinngerecht ersetzt wird.
53

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1
2
3
4
5
6
7

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: C2
2
3 Antragssteller: Jusos Halle und LAK gegen Rechtsextremismus
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag LSA zur Weitergabe an die SPD-
6 Landtagsfraktion LSA
7

8 **Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses in Sachsen-Anhalt**

9
10 Die SPD-Landtagsfraktion LSA wird aufgefordert, sich für die Einsetzung eines
11 Untersuchungsausschusses bzgl. der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“,
12 Ihrem strafrechtlichen Handelns, sowie Ihres Umfeldes und aller Unterstützer*innen in
13 Sachsen-Anhalt gemäß Untersuchungsausschussgesetz – UAG einzusetzen.
14

15 **Begründung:**

16
17 Noch immer ist es den meisten Menschen nicht begreiflich, wie es möglich sein kann, 13
18 Jahre lang unentdeckt eine Terrorzelle aufzubauen und mehrere Anschläge, sowie Morde zu
19 begehen.

20 Auch wenn in Sachsen-Anhalt direkt keine Anschläge verübt worden sind, so ist davon
21 auszugehen, dass auch hier Unterstützer*innen lebten und indirekt die Terrorgruppe
22 unterstützt wurde.

23 Neben der nachgewiesenen Bekanntschaft zwischen Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe zu
24 dem V-Mann Corelli, flüchtete Beate Zschäpe, nach dem Doppel-Suizid ihrer Komplizen, 4
25 tagelang in mehrere deutsche Städte zu Unterstützer*innen. Zweimal kam sie so auf Ihrer
26 Flucht nach Halle und einmal nach Magdeburg. Doch wer waren die Unterstützer*innen?
27 Wer hat Sie mit Geld versorgt und sie versteckt?

28
29 Welche Rolle spielte der V-Mann Corelli?

30
31 Diese Fragen muss ein Untersuchungsausschuss in Sachsen-Anhalt beantworten.
32
33
34
35
36
37
38

39 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
40 Weitergeleitet an:
41

1 Antrag: C3

2

3 Antragsteller: Jusos Halle

4

5 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag zur Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD
6 und SPD Bundestagsfraktion

7

8 Die Juso- Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Kein besonderer Schutz für Staaten und Staatsorgane**

11

12 Die Paragraphen 90 StGB und 90a StGB sowie 103 StGB und 104 StGB sollen ersatzlos
13 gestrichen werden.

14

15 **Begründung:**

16

17 Der §90 StGB der die Verunglimpfung des Bundespräsidenten bestraft schützt nicht die
18 Person sondern das Amt des Bundespräsidenten/ der Bundespräsidentin das Amt selber
19 nimmt jedoch durch Verunglimpfungen keinen Schaden und die Person des/der
20 Bundespräsident*in kann gegen die Verunglimpfung wenn sie die Voraussetzungen einer
21 Beleidigung erfüllt immer noch strafrechtlich vorgehen.

22

23 Der Schutz des Beleidigungsparagraphen muss hier ausreichen, da eine Verunglimpfung
24 sich wohl zum größten teils auf das Amt in Verbindung mit der Person richtet und daher auch
25 keine große Strafbarkeitslücke entsteht. Das Amt selbst ist nicht schutzwürdiger als jedes
26 andere öffentliche Amt. Die Repräsentationsfunktion alleine kann keine besondere
27 Schutzwürdigkeit hervorrufen, die über den Schutz der persönlichen Ehre welcher aus der
28 Menschenwürde erwächst hinausgeht.

29

30 Auch ausländische Würdenträger und Organe sind nicht über den durch den
31 Beleidigungsparagraphen gewährten Schutz hinausgehend schutzwürdig.

32

33 Der Staat selber kann sich ebenfalls nicht auf eine besondere Schutzwürdigkeit bei
34 Verunglimpfungen, die unter der Schwelle der Verfassungsfeindlichkeit bleiben, berufen. Der
35 Staat und der damit verbundene öffentliche Frieden sind durch die bloße Verunglimpfung
36 nicht in ihrem Bestand gefährdet, weshalb die Strafwürdigkeit der Verunglimpfung nicht
37 ersichtlich ist.

38

39 Ähnlich verhält es sich beim Schutz von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten.
40 Flaggen und Hoheitszeichen sind über andere Paragraphen (Diebstahl und
41 Sachbeschädigung) bereits ausreichend geschützt sowie in besonderen Fällen auch über
42 den Volksverhetzungsparagraphen, ein darüber hinausgehendes Schutzwürdigkeit ist auch
43 hier nicht erkennbar.

44

45

46

47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

49 Weitergeleitet an:

50

1 Antrag: C4
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag
6

7 **Reform des Mordparagrafen**

8 Die Bundestagsfraktion soll sich für eine tatsächliche Reform des Mord-, sowie des
9 Totschlagsparagrafen einsetzen.

10
11 Hierbei soll die Teilung in Mord und Totschlag abgeschafft werden, sowie die bisher
12 bestehenden Mordmerkmale, insbesondere der niederen Beweggründe und der Heimtücke
13 überarbeitet werden.

14 Die erhöhte Strafwürdigkeit von bestimmten Motiven, kann über die Schaffung von
15 Regelbeispielen und die damit einhergehende Strafzumessung gelöst werden.
16

17 **Begründung:**

18
19 Die Reformbedürftigkeit des Mordparagrafen ist relativ unumstritten, die Frage wie ist
20 jedoch höchststrittig. Die bisherige Rechtslage, die bei einem verwirklichten Mordmerkmal
21 nur eine Strafe vorsieht und zwar eine lebenslange Freiheitsstrafe, ist durch die
22 Rechtsprechung schon stark ausgehöhlt worden. Dies trifft vor allem auf das Merkmal der
23 Heimtücke zu, welches in ständiger Rechtsprechung des BGH bereits stark eingeschränkt
24 ist.
25

26 Ein anderes Mordmerkmal welches immer wieder in der Diskussion steht, ist das der
27 niederen Beweggründe, eingeführt von den Nazis um politisch Andersdenkende zu
28 verfolgen, ist es zu unbestimmt. Im Grunde genommen ist es, mit leichten Einschränkungen,
29 dem Richter überlassen was er, wie es in der Definition heißt, als auf sittlicher und moralisch
30 tiefster Ebene stehend, empfindet. Die Notwendigkeit von Delikten die aus Hass begangen
31 werden, wie Verbrechen aus Rassismus, Homophobie und anderen menschenfeindliche
32 Einstellungen, scharf bestraft werden müssen, ist klar gegeben. Es muss jedoch gelingen
33 bestimmter zu fassen wann die dafür nötigen Voraussetzungen erfüllt sein sollen, dies folgt
34 auch schon aus dem Bestimmtheitsgrundsatz des Grundgesetzes.
35

36 Durch die theoretisch einzige Möglichkeit, bei Verwirklichung einer der Merkmale, eine
37 lebenslange Freiheitsstrafe zu verhängen, ist eine Tat und Schuld im individuellen Einzelfall
38 angemessene Strafe nur schwer möglich. Durch die Zusammenführung der beiden
39 Straftatbestände und die Regelung in welchen Fällen ein besonders schwerer Fall (dies
40 wäre dann Mord) vorliegt, kann dieses Problem, unter Umgehung von rechtlich zum Teil
41 schwierigen Konstruktionen des BGH, verhindert werden.
42
43
44
45
46
47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
49 Weitergeleitet an:
50

1 Antrag: C5

2

3 Antragsteller: Jusos Dessau-Roßlau

4

5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, ggfs. wenn
6 möglich an Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)

7

8 Die Juso-Landesdeligiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Überarbeitung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt (PersVG LSA)**

11

12 Die SPD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt möge sich dafür einsetzen, dass das PersVG
13 LSA in der zur Zeit gültigen Fassung grundlegend überarbeitet wird.

14

15 **Begründung:**

16

17 Sachsen-Anhalt hat in Deutschland eines der schlechtesten Personalvertretungsgesetze.
18 Das Mitspracherecht für die Personalräte ist in vielen Angelegenheiten nicht gegeben. Eine
19 grundlegende Überarbeitung des PersVG LSA sollte schon vor Jahren angegangen werden.
20 Bis zum heutigen Zeitpunkt fand dies nicht statt. Um den Personalräten mehr
21 Mitspracherecht und mehr Handlungsspielraum zu geben sollte nun endlich gehandelt
22 werden! Mit der neu gebildeten Landesregierung und unserer Ministerin für Arbeit, Soziales
23 und Integration sollten wir damit ein Zeichen setzen für alle Beschäftigten im öffentlichen
24 Dienst.

25

26

27

28

29

30

31 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

32 Weitergeleitet an:

33

1 Antrag C6
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
6 und die SPD-Bundestagsfraktion
7

8 **Massentötung von männlichen Küken beenden**

9
10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

- 11
12 • Der Stoßrichtung der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu folgen und
13 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes sowie der
14 Tierschutzschlachtverordnung vorzulegen, der klarstellt, dass das Töten männlicher
15 Küken spezialisierter Legerassen aus wirtschaftlichen Erwägungen keinen
16 vernünftigen Grund entsprechend des Tierschutzgesetzes darstellt und demnach
17 untersagt wird
18
- 19 • Die Entwicklung praxistauglicher Verfahren zur Geschlechtsbestimmung im Ei für
20 eine flächendeckende Anwendung in Brütereien zu fördern und Förderprogramme
21 aufzulegen, um kleinen und mittelständischen Brütereien die Investition in technische
22 Anlagen zur Geschlechter-Früherkennung im Ei zu erleichtern
23

24 **Begründung:**

25
26 In Deutschland werden in der Legehennenproduktion jedes Jahr rund 45 Millionen
27 männliche Küken ohne Grund direkt nach dem Schlüpfen getötet. Als Nachkommen von auf
28 Höchstleistungen gezüchteten Legehennen können die männlichen Eintagsküken
29 naturgemäß nicht zur Eierproduktion verwendet werden und setzen als Masthähnchen zu
30 wenig Fleischmasse an. Für die Hühnerindustrie sind sie daher nutzlos und werden kurz
31 nach dem Schlüpfen in Schreddermaschinen getötet.
32

33 Die Tiere werden aus ökonomischen Gründen zur Vermeidung wirtschaftlicher Verluste
34 getötet, weil sie im Vergleich zu Tieren aus Mastrassen eine längere Mastdauer, eine sehr
35 geringe Mastleistung bei gleichzeitig höherem Futteraufwand und einen sehr geringen Anteil
36 an Brustmuskelfleisch aufweisen. Diese jahrelang angewandte und behördlich bislang
37 geduldete Tötungspraxis basiert auf einer Ausnahmeregelung und ist mit den Grundsätzen
38 des Tierschutzgesetzes nicht vereinbar.
39

40 Als erstes Bundesland mit Grünem Landwirtschaftsminister hatte Nordrhein-Westfalen durch
41 einen Erlass an die Veterinärbehörden die Debatte um eine Unterbindung des Kükentötens
42 bereits im September 2013 ins Rollen gebracht. 2015 hat der Bundesrat mit großer Mehrheit
43 einem Antrag aus Nordrhein-Westfalen zugestimmt, der das Töten von männlichen
44 Eintagsküken schnell und gesetzlich verbindlich unterbinden soll.

45 Die Änderung verbietet das Töten von Tieren aus ökonomischen Gründen, ohne
46 vernünftigen Grund.

47 Auch aus Niedersachsen kam, ebenfalls von einem Grünen Landwirtschaftsminister, der
48 Vorstoß zur Unterbindung der Kükentötung.

49 Auf Bundesebene wird als Alternative zur Kükentötung derzeit die frühzeitige
50 Geschlechtsbestimmung im befruchteten Hühnerei mittels Infrarot-Spektroskopie favorisierte.
51 Diese ändert jedoch nichts am System, in dem die männlichen Küken als
52 nicht lebenswerter Ausschuss angesehen und behandelt werden, kann jedoch eine
53 humanere Übergangslösung sein.
54
55

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: C7
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: Landesparteitag und die SPD Landtagsfraktion
6

7 **Tauben sind keine Schädlinge**

8
9 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Streichung des §1 Absatz 1 Nr. 2 d
10 der Verordnung über die Feststellung und Bekämpfung eines Befalls mit tierischen
11 Schädlingen (Schädlingsbekämpfungsverordnung – SchädBekVO) einzusetzen.
12

13 **Begründung:**

14
15 Neben Mecklenburg-Vorpommern ist Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland, welches
16 weiterhin Tauben als Schädlinge definiert. So wird die Tötung und Bekämpfung von Tauben
17 vereinfacht, jedoch nicht das Grundproblem behandelt.
18

19 Schon 1989 erklärte der ehemalige Präsident des Bundesgesundheitsamtes Prof. Dr. Dieter
20 Großklaus: „Eine gesundheitliche Gefährdung durch Tauben ist nicht größer als durch Zier-
21 und Wildgeflügel, sowie durch Nutz- und Liebhabertiere“.
22

23 Dies bestätigte 2001 das damalige Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz
24 und Veterinärwesen (seit 2002 Bundesamt für Verbraucherschutz und
25 Lebensmittelüberwachung.)
26

27
28
29
30
31

32
33 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
34 Weitergeleitet an:
35

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1 Antrag: C8
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag LSA zur Weiterleitung an den SPD-
6 Bundesparteitag
7
8 Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit

9
10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

- 11
12 1.) Tieren in der Landwirtschaft ein würdiges Dasein zu ermöglichen :
- 13
 - 14 • Regelungen zu schaffen, die die landwirtschaftlichen Produktionsweisen an die
 - 15 Bedürfnisse der Tiere anpassen – statt umgekehrt.
 - 16 • Das Enthornen von Rindern, das Abkneifen der Ringelschwänze
 - 17 • bei Schweinen und das Kupieren von Schnäbeln bei Geflügel verbieten
 - 18 • Die Tiere müssen in den Ställen genug Platz, Auslauf und Beschäftigung haben.
 - 19 • Die personelle Ausstattung der Veterinärämter und der Gewerbeaufsicht muss
 - 20 verbessert werden.
 - 21
- 22 2.) Haltung von Heimtieren und Situation der Tierheime verbessern
- 23
 - 24 • Konsequentes Vorgehen gegen den illegalen Welpenhandel, dies kann durch eine
 - 25 Anpassung der Tierseuchenbestimmung und per bundesweiter Rechtsverordnung mit
 - 26 Vorschriften zur Kennzeichnung und Registrierung von Haustieren erfolgen.
 - 27 • Um die unkontrollierte, unerwünschte Fortpflanzung von freilaufenden Katzen
 - 28 einzudämmen, muss im Tierschutzgesetz eine bundesweite, flächendeckende
 - 29 Regelung zur Kastration getroffen werden.
 - 30 • Schaffung eines Hilfsfonds für Tierheime und Gnadenhöfe, um die öffentlichen
 - 31 Aufgaben der Länder und Kommunen weiterhin wahrnehmen zu können.
 - 32
- 33 3.) Haltung von Wildtieren verbessern
- 34
 - 35 • Die Tierhaltung im Zirkus ist zu verbessern. Zirkusunternehmen sollen nur noch die
 - 36 Tiere halten dürfen, die dort art- und bedürfnisangemessen ernährt, gepflegt und
 - 37 verhaltensgerecht untergebracht werden können. Diese müssen per Positivliste
 - 38 benannt werden. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen.
 - 39 • Die Haltung von Delfinen in Deutschland sowie deren Einfuhr muss untersagt werden
 - 40 • Umsetzung eines neuen Säugetiergutachtens, sowie dessen Wirksamkeit regelmäßig
 - 41 prüfen und rechtsverbindliche Regelungen zur artgerechten Haltung von Tieren in
 - 42 Zoos zu erlassen
 - 43 • Die Erlaubnisanforderung für Tierbörsen muss verschärft werden und der Import von
 - 44 exotischen Tieren und Wildfängen muss verboten werden.
 - 45 • Pelzfarmen in Deutschland verbieten und für ausländische Produkte muss eine
 - 46 einfache Kennzeichnung eingeführt werden, woran ein*e Konsument*in sofort
 - 47 erkennt, ob es sich um Fell und was für Fell es sich handelt.
 - 48
- 49 4.) Verbraucherschutz und Tierschutz endlich ernst nehmen:
- 50
 - 51 • Eine verlässliche und transparente Tierhaltungskennzeichnung für alle Lebensmittel
 - 52 und eine Herkunftskennzeichnung für Fleisch muss eingeführt werden, damit die
 - 53 Konsumenten auf einen Blick erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden.
 - 54 • Import-Verbot von Produkten der Nachkommen geklonter Tiere

- 1 • Verbrauchertäuschende Werbung und Produktaufmachungen, die Auslauf und
2 tiergerechte Haltung vorgaukeln sind zu verbieten.
- 3 • Die unterschiedliche Besteuerung von Kuhmilch und pflanzlicher Milchdrinks (wie
4 Soja-, Reis- oder Haferdrinks) ist aufzuheben, so dass pflanzliche Milch nicht länger
5 höher besteuert wird
- 6 • Brandzeichen bei Pferden, den sogenannten Schenkelbrand sind zu untersagen. Es
7 gibt keinen vernünftigen Grund, Pferden Verbrennungen dritten Grades zuzuführen,
8 zumal es zuverlässigere Kennzeichnungsmethoden gibt, die gesetzlich
9 vorgeschrieben sind.

10
11 **Begründung:**

12
13 Tiere empfinden Schmerzen, Leid und Angst. Der Schutz der Tiere ist seit 2002 als
14 Staatsziel im Grundgesetz verankert. Daraus erwächst für die Bundesregierung die
15 Pflicht, Tiere um ihrer selbst willen und aus der Verantwortung des Menschen für
16 das Tier als Mitlebewesen zu schützen.

17 Doch geändert hat sich in der Praxis seither wenig. Die Regelungen im Tierschutzgesetz
18 stammen zum Großteil aus der Zeit, bevor Tierschutz zum Verfassungsziel erhoben wurde.
19 Im Dezember 2012 hat die schwarz-gelbe Koalition eine Novelle des Tierschutzgesetzes
20 vorgenommen. Sie hätte damit viele Missstände beenden können und müssen.
21 Stattdessen hat sie die Probleme entweder ignoriert oder bestehende Regelungen
22 verwässert.

23 Die Zeit des Wegduckens ist vorbei. Es bedarf mehr als nur wohlklingender Worte,
24 um das Leben der in Deutschland gehaltenen Tiere tiergerecht und ethisch vertretbar zu
25 gestalten. Statt wolkiger Worte muss die Bundesregierung durch Taten zeigen, dass sie sich
26 ihrer grundgesetzlich festgelegten Verantwortung bewusst ist, Tiere vor Leid zu bewahren.

27
28
29
30
31
32
33 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

34 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C9
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Bundesparteitag zur Weitergabe an die
6 SPD-Bundestagsfraktion und die S&D Fraktion
7

8 **Tierversuche beenden!**

9
10 Die SPD-Bundestagsfraktion und die S&D Fraktion im Europäischen Parlament werden
11 aufgefordert jegliche Tierversuche abzuschaffen und sich für Alternativen einzusetzen.
12

13 **Begründung:**

14
15 In rund 20 deutschen und europäischen Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien sind nach
16 wie vor Tierversuche vorgesehen, z.B.: Arzneimittelgesetz, Chemikaliengesetz,
17 Futtermittelgesetz, Gentechnikgesetz, Infektionsschutzgesetz, Lebensmittel- und
18 Bedarfsgegenständegesetz, Pflanzenschutzgesetz und Tierseuchengesetz. Tiere sind nicht
19 dazu da, dass wir an ihnen experimentieren. Genau wie wir empfinden sie Schmerzen und
20 Angst. Genau wie wir verspüren sie ein übermächtiges Bedürfnis nach Freiheit, den Instinkt
21 ihr Leben und das ihrer Nachkommen zu schützen, nicht in einem kleinen Käfig in einem
22 Versuchslabor eingeschlossen zu sein.
23

24 Alle 3 Sekunden stirbt in einem europäischen Versuchslabor ein Tier. In legalen
25 wissenschaftlichen Experimenten werden Tiere vergiftet, Futter-, Wasser- oder Schlafentzug
26 ausgesetzt, ihre Haut und Augen werden verätzt, sie werden massivem psychischen Stress
27 ausgesetzt, absichtlich mit Krankheiten infiziert, ihr Gehirn wird beschädigt, sie werden
28 gelähmt, operativ verstümmelt, verstrahlt, verbrannt, vergast, zwangsgefüttert, bekommen
29 Stromschläge und werden getötet. All dies passiert Millionen von Tieren jährlich.
30

31 Tierversuche sind grausam und wissenschaftlich ungenau. Sie verschwenden immense
32 Summen öffentlicher Gelder, verzögern medizinischen Fortschritt und behindern unser
33 Verständnis von menschlichen Krankheiten. So wurde z.B. die Erforschung von Krankheiten
34 wie Polio, Herzinfarkt und Diabetes massiv dadurch verzögert und beeinträchtigt, dass wir
35 diese Krankheiten zunächst an anderen Spezies als dem Menschen studiert haben.
36

37 Unzählige Studien haben gezeigt, dass Tierversuche nicht in der Lage sind, menschliche
38 Reaktionen auf Krankheiten oder Medikamente präzise vorauszusagen, manchmal versagen
39 sie sogar zu über 25%, es könnte also durchaus sicherer sein, eine Münze zu werfen!
40 92% aller neuen Medikamente fallen in klinischen Versuchen durch, nachdem sie im
41 Tierversuch bestanden haben. Das ist ein ernster Weckruf: wir müssen uns weiterentwickeln
42 anstatt weiterhin blind Leuten zu vertrauen, die ganz eigene Interessen daran haben,
43 Tierversuche weiterhin durchzuführen.
44

45 Es ist an der Zeit, den Sprung zu humanen, effizienten und modernen tierversuchsfreien
46 Testmethoden zu vollziehen. Damit können wir wirklich relevante und zuverlässige
47 Ergebnisse erzielen, ohne weiterhin furchtbares Leid zu verursachen.
48
49
50

51
52 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
53 Weitergeleitet an:
54

1 Antrags: C11
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag LSA zur Weiterleitung an den SPD-
6 Bundesparteitag.
7

8 **Bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine**

9
10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für ein bundesweites Verbandsklagerecht
11 einzusetzen.
12

13 **Begründung:**

14
15 Die Verbandsklage ist eine Form der Popularklage, bei der Vereine oder Verbände die
16 Klagebefugnis zugesprochen erhalten, nicht die Verletzung eigener Rechte geltend zu
17 machen, sondern solcher der Allgemeinheit.
18

19 Tiere sind laut Grundgesetz besonders zu schützen. Politiker und Behörden sollen diesen
20 Schutz in der Praxis durchsetzen. Doch die Realität spricht eine andere Sprache: Noch
21 immer müssen die Tiere in der Forschung, Agrarindustrie, in Zirkussen und sogar in der
22 Heimtierzucht leiden.
23

24 Wo Politiker und Behörden nicht willens oder in der Lage sind, dagegen vorzugehen,
25 müssen seriöse Tierschutzverbände das Recht haben, den Schutz, der den Tieren zusteht,
26 direkt vor Gericht einzuklagen. Wir brauchen die Verbandsklage für seriöse
27 Tierschutzvereine.
28

29 Im Umweltschutz dürfen autorisierte Verbände längst zugunsten der Naturerhaltung klagen.
30 Den Tieren, unseren Mitgeschöpfen, die Schmerzen und Leiden ähnlich empfinden wie wir
31 selbst, darf der vergleichbare Schutz nicht länger vorenthalten werden!
32

33 Mit großer Mehrheit haben Bundestag und Bundesrat 2002 für das Staatsziel Tierschutz im
34 Grundgesetz gestimmt. Politiker, die es mit dem Tierschutz ernst meinen, müssen jetzt auch
35 die Tierschutz-Klage unterstützen.
36

37 Seither wird in zahlreichen Landtagen darüber beraten, die Verbandsklage auf Landesebene
38 einzuführen. 2007 hat sich Bremen als erstes Bundesland dafür entschieden.
39 Vorausgegangen war unter anderem ein vom Bremer Tierschutzverein initiiertes
40 Bürgerantrag, der in der Bevölkerung eine überwältigende Zustimmung fand. 2013 folgten
41 Hamburg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland, 2014 haben Rheinland-Pfalz und
42 Schleswig-Holstein die Einführung des Verbandsklagerechts beschlossen. Im Mai 2015 führt
43 nun auch Baden-Württemberg die Verbandsklage ein. Leider haben sich die
44 Koalitionspartner in Sachsen-Anhalt gegen ein Verbandsklagerecht entschieden.
45
46
47
48
49

50
51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: C12

2

3 Antragssteller: Jusos Halle

4

5 Weiterleitung an: Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt

6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

9

Interkulturelle Öffnung des Bestattungswesens

10

11 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich dafür ein, dass das Bestattungsgesetz des Landes
12 Sachsen-Anhalt dahingehend geändert wird, sodass zukünftig Bestattungen unter
13 Berücksichtigung des Empfindens der Bevölkerung und der Glaubensgemeinschaft, der die
14 zu Bestattenden angehörten, vorgenommen werden können.

15

Begründung:

16

17
18 Gemäß islamischer und jüdischer Tradition kommt für der/die Verstorbene nur eine sarglose
19 Erdbestattung in Frage, d.h. der/die Verstorbene wird in Tücher gehüllt der Erde übergeben.
20 Eine Änderung des Bestattungsgesetzes wird den berechtigten Interessen eines nicht
21 unerheblichen Teils der Bevölkerung gerecht.

22

23 Die bisherige Lösung, dass Angehörige ihre Verstorbenen im Hinblick auf die bestehende
24 Sargpflicht nicht auf dem Friedhof ihres Wohnorts bestatten, sondern in anderen
25 Bundesländern bestatten, die nicht auf die Sargpflicht bestehen, ist nicht hinnehmbar.

26

27 Zahlreiche Bundesländer haben sich bereits für die Traditionen anderer Kulturen geöffnet.
28 So heißt es in Nordrhein-Westfalen:

29 „Nach § 7 Abs. 2 BestG NRW sind, soweit möglich, Voraussetzungen dafür zu schaffen,
30 dass Bestattungen unter Berücksichtigung des Empfindens der Bevölkerung und der
31 Glaubensgemeinschaft, der die zu Bestattenden angehörten, vorgenommen werden
32 können.“

33

34 Eine ähnliche Anpassung des sachsen-anhaltischen Bestattungsgesetzes ist überfällig und
35 sorgt dafür, dass unser Bundesland mehr Weltoffenheit lebt!

36

37

38

39

40

41 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

42 Weitergeleitet an:

43

1 Antrag: C13
2
3 Antragsteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: Kultusministerium
6

7 Die Landesdeligiertenkonferenz der Jusos Sachsen-Anhalt möge beschließen:
8

9 **Demokratische Jugendarbeit braucht genug Geld**

10
11 Die Zuschüsse an freie Träger, die im KJR organisiert sind, sollen sukzessive erhöht werden.
12 Maßstab sollte dabei sein, dass jedem überregionalen/landesweiten Träger mindestens 2
13 hauptamtliche Vollzeitstellen mit einer Mindestvergütung auf Höhe des Mindestlohnes
14 finanziert werden, ohne Eigenmittel.

15
16 **Begründung:**

17
18 Das derzeitige Budget liegt bei ca. 1.705.400 EUR/Jahr (2015/Einzelplan 05 S.157). Das ist
19 angesichts der vielen Träger und dem vielfältigen Programm ein zu niedriger Betrag.
20

21 In den meisten Fällen können sich die Vereine dementsprechend keine hauptamtlichen
22 Mitarbeiter*innen finanzieren, sodass die gesamte Organisation an den ehrenamtlichen
23 Mitarbeiter*innen hängenbleibt und sie so weniger Zeit für die wichtigen inhaltlichen Arbeiten
24 haben.
25

26 Da Ehrenamtliche ihr Engagement neben einer Erwerbstätigkeit ausüben, führt dies zu
27 einem schnellen Abflachen ihrer Tätigkeiten. Dies ist gerade in unserer aktuellen Situation
28 fatal. Wir brauchen langfristiges Ehrenamt und vor allem genug Menschen die sich inhaltlich
29 und bildend engagieren können und nicht durch dröge Abrechnungstätigkeiten in ihrem
30 Idealismus gedämpft werden.
31

32 So ist es für Träger oftmals nicht möglich in ihrem Rahmen die Mitwirkenden zu empowern
33 und ihnen Verwaltungstätigkeiten abzunehmen. Insbesondere für den Aufbau von Verbands-
34 Strukturen sind hauptamtliche Mitarbeiter*innen von Bedeutung, da der administrative
35 Aufwand in dieser Phase besonders hoch ist. Dies kann durch hauptamtliche Mitarbeiter
36 bedeutend besser abgedeckt werden und so entsprechend mehr Menschen zum Mitmachen
37 empowernt werden.
38
39
40
41
42
43
44

45 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
46 Weitergeleitet an:
47

1 Antrag: C14

2

3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand

4

5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an S&D-Fraktion, S&D-Fraktion

6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

9 **Schaffung einer europäischen Institution und EU-einheitlicher Richtlinie für Verfahren**

10 **an Gerichten in europäischen Ländern, in die Kinder involviert sind**

11

12 Das Europäische Parlament soll erwirken, dass eine Institution geschaffen wird, die

13

14 1. Maßnahmen ergreift, dass bei Prozessen vor europäischen Familiengerichten eine
15 Beurteilung des Aufenthaltsbestimmungsrechts der Eltern vor dem Hintergrund der
16 europarechtlich garantierten Freizügigkeit unter einheitliche Kriterien des
17 Kindeswohls gestellt wird.

18

19 2. juristische Befugnisse erhält, die einem europäischen Gericht (EUGH/EGMR)
20 entsprechen.

21

22 **Begründung:**

23

24 Zu 1. Dazu ist eine psychologische Schulung aller an derartigen Prozessen beteiligten
25 Juristinnen und Juristen erforderlich, damit die Anhörung von Kinder unterhalb des 12.
26 Lebensjahres möglich wird (Kinderrechtskonvention der UN § 12) und Gutachten Dritter
27 kompetent beurteilt werden können.

28

29 Zu 2. geschädigte Elternteile sollen von Verfahrenskosten befreit werden. Die Studie, die im
30 Antrag „Studie über die Verhinderung der Freizügigkeit und der beruflichen Entwicklung der
31 Mütter von Trennungskindern durch die Familiengerichte“ gefordert wird, dient als Grundlage
32 für diesen Antrag, um die rechtlichen Widersprüche in europäischen Gerichtsverfahren
33 aufzuzeigen und zu beheben.

34

35

36

37

38

39 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

40 Weitergeleitet an:

41

1 Antrag: C15
2
3 Antragssteller: Jusos Stendal
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Finanzierung von Polizeieinsätzen bei gewinnorientierten Großveranstaltungen**

10

11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung auf
12

- 13 • zu prüfen, ob, wie und nach welchen Kriterien eine Beteiligung des Veranstalters
14 einer gewinnorientierten Großveranstaltung an den Kosten des Polizeieinsatzes auf
15 Basis landesrechtlicher Regelungen erfolgen kann
- 16 • soweit hierfür Rechtsgrundlagen zu ändern sind, diese zu entwerfen;
- 17 • zu überprüfen, ob eine polizeiliche Präsenz bei gewinnorientierten
18 Großveranstaltungen in jedem Fall in dem bisher erfolgten Umfang zur
19 Aufrechterhaltung der Sicherheit im Umfeld dieser Veranstaltungen weiterhin
20 notwendig ist
- 21 • unabhängig von Ausgang dieser Prüfung auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass
22 die Bundesländer auf die Veranstalter regelmäßiger gewinnorientierter
23 Großveranstaltungen zugehen und mit Nachdruck deren finanzielle Beteiligung
24 zumindest an besonderen oder besonders kostspieligen Einsätzen einfordern

25

26 **Begründung:**

27

28 Regelmäßig binden kostenintensive Großveranstaltungen bei der Polizei mehrere
29 Hundertschaften für den Einsatz. Hundertschaften die von allen Steuerzahlern bezahlt
30 werden und für andere Einsätze nicht zur Verfügung stehen. Außerdem muss sich das Land
31 Sachsen-Anhalt regelmäßig bei der Polizei anderer Bundesländer einkaufen um Einsätze
32 abzusichern. Daher ist es eine Überprüfung wert, ob Veranstalter die mit ihrer
33 Veranstaltungen Geld verdienen, zu einem gewissen Teil an den Einsatzkosten von
34 besonders kostspieligen Einsätzen beteiligt werden können.

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

49 Weitergeleitet an:

50

1 Antrag: C16
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Gesetz zur Vorsorge gegen von Hunden ausgehende Gefahr novellieren – Rasselisten**
10 **dabei abschaffen**

11
12 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, das in Sachsen-Anhalt existierende seit 2009
13 gültige Gesetz zur Vorsorge gegen von Hunden ausgehende Gefahren (HundeG LSA),
14 dessen letzte Verschärfung, das Zuchtverbot für einige Rassen, erst am 01.März des Jahres
15 2016 in Kraft getreten ist, zu novellieren und dabei insbesondere nachfolgende Punkte
16 umzusetzen:

17
18 Das faktische Zucht- und Handelsverbot für einzelne Tierrassen (Staffordshire Bullterrier,
19 American Staffordshire Terrier, American Pitbull Terrier und Bullterrier) ist vollständig
20 abzuschaffen. Diese Regelung ist auch nicht durch eine ebenfalls rassengebundene
21 Gesetzgebung zu ersetzen, sondern vollends abzuschaffen.
22

23 Gefährlichkeitsprüfungen sollen künftig ohne Ansehen der Rasse erfolgen und alleinig auf
24 dem individuellen (Beiß-)Verhalten der Hunde beruhen. Vorbild für eine solche Regelung
25 könnte zum Beispiel das am dem 01. Januar 2016 in Schleswig-Holstein gültige Gesetz sein.
26

27 Regelungen zur Etablierung von Nachweisen für Haltungskompetenz und Resozialisierung
28 von Hunden sind im Rahmen der Gesetzesnovelle bei vormals gefährlichen Hunden ebenso
29 zu prüfen. Auch hier können die Regelungen aus Schleswig Holstein, die u.a. eine
30 gestaffelte Hundesteuer und teils verpflichtende Kompetenznachweise für Halter*innen
31 beinhalten, Vorbild sein.
32

33 Die in Paragraph 2 der aktuellen Gesetzesvariante geregelten Pflichten zur
34 Hundehalterhaftpflicht und der Kennzeichnung mit einem Transponder sollen auch in der
35 Novelle einen entsprechenden Platz finden und explizit beibehalten werden.
36

37 **Begründung:**
38

39 Das HundeG LSA geht in seiner aktuellen Fassung an Empfehlungen von Expert*innen
40 vorbei und umfasst unter anderem Rasselisten, die Hunde konträr zur Beißstatistik als
41 gefährlich ausweisen, andere aber vollends unberücksichtigt lassen. Resultierend hieraus
42 gelten in Sachsen-Anhalt für vier Hunderassen, die in dieser Statistik jedoch nur hintere
43 Plätze belegen, Zuchtverbote sowie spürbare Handlungsbeschränkungen. Dem entgegen
44 steht jedoch, dass die Einfuhr dieser vier Hunderassen (Staffordshire Bullterrier, American
45 Staffordshire Terrier, American Pitbull Terrier und Bullterrier) weiterhin legal möglich ist, was
46 die Regelung, die eh schon zweifelhaft erscheint, ad absurdum führt.
47

48 Die aktuelle Gesetzgebung ist daher zu novellieren. Vorbild hierbei kann unter anderem die
49 Regelung in Schleswig-Holstein sein, die sowohl von wissenschaftlichen Expert*innen als
50 auch von Interessenvertretungen der Hundehaltenden als sinnvoll angesehen wird. Dies
51 ginge auch mit dem letzten Abschnitt der Forderungen konform, der besonders wichtige und
52 gute Abschnitte des aktuellen Gesetzes für erhaltenswert befindet.
53
54

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: C17
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, S&D Fraktion
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Landeswahlrecht für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger öffnen**

10
11 Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union soll der § 22 Absatz (1) AEUV so
12 angepasst werden, dass für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die ihren Wohnsitz in einem
13 Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, ebenfalls an Landtagswahlen /
14 Regionalwahlen teilnehmen können.
15

16 Darüber hinaus soll selbiger Paragraph so angepasst werden, dass Drittstaatenangehörige,
17 die min. seit 5 Jahren in einem EU-Land wohnen, mit einem aktiven Wahlrecht auf
18 kommunaler Ebene ebenfalls politische Teilhabe erfahren.
19

20 Hierfür soll sich über den Bundesparteitag der SPD sowie die SPE eine entsprechende
21 europäische Initiative gründen, welche sich für diese Änderungen einsetzt.
22

23 **Begründung:**

24
25 Insbesondere im Zuge der Auswirkungen der Finanzkrise und den damit verbundenen
26 Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in vielen europäischen Staaten sind viele gut
27 ausgebildete Menschen in andere Länder der EU gezogen, da sie dort Arbeit fanden. Dies
28 gilt auch für Deutschland. Da nicht nur auf kommunaler Ebene wesentliche politische
29 Entscheidungen getroffen werden, die die bei uns lebenden EU-Bürgerinnen und Bürger
30 betreffen, sie jedoch an keinerlei Wahlentscheidungen teilhaben können, stellt sich die
31 Frage, in wie fern dies noch zeitgemäß ist. Derzeit ist ein aktives und passives Wahlrecht für
32 EU-Bürgerinnen und EU-Bürger lediglich für die Ebene der Kommunalwahlen möglich. Nach
33 Abschluss des Vertrags von Maastricht fand hierzu eine Änderung des Grundgesetzes in
34 Artikel 28 Absatz 1 Satz 3 statt („...Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch
35 Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft
36 besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und
37 wählbar. In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die
38 Gemeindeversammlung treten.“)
39

40 Eine neuerliche Änderung des Art. 28 GG ist auf Bundesebene nicht so ohne weiteres
41 möglich, da dies den Art. 20 tangiert und die ersten 20 Artikel eigentlich nicht geändert
42 werden dürfen entsprechend dem Ewigkeitsprinzip des Art. 79.
43

44 Ein Wahlrecht von Drittstaatenangehörigen auf kommunaler Ebene ist derzeit lediglich in 15
45 EU-Staaten erlaubt. Es ist ebenfalls unterschiedlich geregelt nach einem der folgenden
46 Prinzipien: 1) Aufenthaltsdauer, 2) Registrierung im Wählerverzeichnis, 3) spezieller
47 Aufenthaltsstatus oder 4) Gegenseitigkeit.
48

49 Zu den Pros- und Cons gibt es eine ausführliche Abhandlung über folgenden Link:
50 [http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/184440/wahlrecht-fuer-](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/184440/wahlrecht-fuer-drittstaatsangehoerige)
51 [drittstaatsangehoerige](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/184440/wahlrecht-fuer-drittstaatsangehoerige)
52

53
54 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
55 Weitergeleitet an:
56

1 Antrag: C18
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung: Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt
6

7 **Für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt – Gegen das Vergessen**

8
9 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-
10 Anhalt ein.

11
12 Dafür wird die Aufarbeitung der Tatorte des Nationalsozialismus und der DDR vom Land
13 gezielt gefördert.

- 14
15 • Lückenlos sollen alle Orte der Verbrechen erfasst, nach einem ausgearbeiteten
16 Leitfaden eingeordnet und gefördert werden und bei Eignung als Bildungsort
17 ausgebaut werden.
- 18 • Bestehende landeseigene Strukturen, wie die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-
19 Anhalt, die Landeszentrale für politische Bildung und weitere Einrichtungen werden
20 auf diese neue Zielsetzung ausgerichtet.
- 21 • Das Land Sachsen-Anhalt setzt sich zudem dafür ein, dass Gedenkstätten
22 infrastrukturell angebunden sind, damit die Auseinandersetzung mit der Geschichte
23 für möglichst viele Menschen zugänglich ist.
- 24 • In den Lehrplänen soll die Auseinandersetzung mit den Tatorten verankert werden.
- 25 • Organisationen der Geschädigten sollen in den Aufarbeitungsprozess einbezogen
26 werden.

27 28 **Begründung:**

29
30 Sachsen-Anhalt wird in die Geschichte eingehen, als Land in dem eine rechtspopulistische
31 Partei aus dem Stand auf dem Niveau einer Volkspartei in den Landtag eingezogen ist.
32 Daher ist es umso wichtiger, dass dem Aufkommen nationalistischer Kräfte eine gelebte
33 Erinnerungskultur entgegengesetzt wird.

34
35 Zahlreiche Orte des Verbrechens warten auf eine angemessene Aufarbeitung. So spielt das
36 KZ-Außenlager Birkhahn in Halle keinerlei Rolle. Dabei wäre eine Gedenkstätte in
37 unmittelbarer Nähe für die politische Bildung von herausragender Bedeutung. Der große
38 Aufwand nach Buchenwald zu fahren wäre verschwunden und so könnten Schüler*innen
39 innerhalb einiger Stunden eine Gedenkstätte besuchen und mit dem „trockenen Lehrstoff“
40 eine persönliche Erfahrung verbinden.

41
42 Auch bestehende Gedenkstätten müssen stärker in den Fokus der Landespolitik rücken. So
43 ist die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg nur für Autofahrer*innen und Busse erreichbar. Das
44 Land könnte eine Buslinie zur Gedenkstätte fördern, so dass eine ÖPNV-Anbindung
45 gegeben ist.

46
47 In die Aufarbeitung sollten Organisationen der Geschädigten, wie jüdische Gemeinden und
48 Opfer-Verbände eingebunden werden.

49
50 Die bestehende „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ sieht die Betreuung der wenigen
51 Gedenkstätten als einzige Aufgabe. Das muss sich ändern, beziehungsweise sollte in
52 Zusammenarbeit mit Organisationen der politischen Bildung evaluiert werden um eine
53 lebendige Erinnerungskultur zu gewährleisten und so den Rückfall in nationalistische Zeiten
54 verhindern!
55

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1
2
3
4
5
6
7

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: C19
2
3 Antragsteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Anpassung der Renten in Ostdeutschland auf das Niveau in Westdeutschland**

10
11 Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion sollen sich für eine sofortige Anpassung der
12 Renten in Ostdeutschland einsetzen.
13

14 Des Weiteren müssen, die durch die verzögerte Angleichung bereits entstandenen
15 Ungerechtigkeiten, korrigiert werden.
16

17 Dies bezieht sich vorrangig auf folgende Punkte
18

- 19 1. Korrektur der Steuerfreibeträge (z.B. die nach §22 Nr 1 Satz 3 Buchstabe a, aa
20 EStG)
- 21
- 22 2. Überprüfung des Aufwertungsfaktors der Renten in Ostdeutschland
23

24 **Begründung:**

25
26 Obwohl die Wiedervereinigung nun mehr als ein viertel Jahrhundert her ist, herrscht bei den
27 Bezügen von Renten zwischen Ost- und Westdeutschland noch immer eine riesige
28 Diskrepanz. Klagen gegen diese Ungerechtigkeit wurden in der Vergangenheit oft mit der
29 Argumentation abgewiesen, dass die Lebenserhaltungskosten in Ostdeutschland geringer
30 seien als in den restlichen Bundesländern. Dieses Gefälle gibt es allerdings auch zwischen
31 den nördlichen und südlichen Regionen in der Bundesrepublik, ja mit Blick auf Nordrhein-
32 Westfalen auch innerhalb eines Bundeslandes. Der ursprüngliche Plan Anfang der 1990-er
33 Jahre, die Renten binnen 10 Jahre anzupassen, ist gescheitert. 2019 soll es nun soweit sein.
34

35 Die Anpassung soll unter anderem dadurch erreicht werden, dass RenterInnen in
36 Ostdeutschland bei den jährlichen Anpassungen, meist zum 01. Juli des Jahres, eine
37 prozentual höhere Anpassung erhalten als Rentenbeziehende in Westdeutschland. Eine
38 Begleiterscheinung dieser Verfahrensweise ist allerdings, dass hierdurch die
39 Rentenerhöhungen automatisch den steuerpflichtigen Betrag zugerechnet werden. Die
40 RenterInnen also viel schneller die Ihnen vom Gesetzgeber zugestandenen Freibeträge
41 überschreiten und Einkommensteuerpflichtig werden. Mit Eintritt in die gesetzliche
42 Altersrente bekommt jede/r RenterInn neben den Grundfreibetrag noch nach §22 Nr 1 Satz 3
43 Buchstabe a, aa EStG einen lebenslang festgeschriebenen Freibetrag der Renteneinkünfte
44 angerechnet. Dieser fiel folglich bei den ostdeutschen RenterInnen in der Vergangenheit
45 geringer aus, als es unter gleichen Bedingungen in Westdeutschland der Fall gewesen wäre.
46 Hier bedarf es dringend eine Korrekturvorschrift um mindestens den Rentenfreibetrag
47 nachträglich noch adäquat anpassen zu können.
48

49 Des Weiteren ist zu prüfen, wie zukünftig mit den Aufwertungsfaktor umgegangen werden
50 muss. Dieser wurde in der Vergangenheit notwendig um die Löhne der heutigen RenterInnen
51 auf dem westdeutschen Durchschnitt aufzuwerten. Behält man diesen bei, beziehen diese
52 RenterInnen durch die Anpassungen zukünftig sogar noch mehr als die in Westdeutschland.
53 Schafft man diesen ab, sind die ostdeutschen ArbeitnehmerInnen von heute - die
54 RenterInnen von morgen - die Verlierer, weil diese auf Grund des Lohngefälles in
55 Ostdeutschland niemals die Möglichkeit hatten bei gleicher Arbeit den Rentenwert wie in

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

- 1 Westdeutschland zu erreichen. Hierfür sollen in den entsprechenden Ausschüssen
- 2 gesondert Lösungsstrategien entwickelt werden.
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:
- 15 Weitergeleitet an:

- 16

1 Antrag: C20
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Reproduktionsförderung des Landes weiterentwickeln**

10
11 Das Land Sachsen-Anhalt fördert Maßnahmen der Reproduktionsmedizin
12 (Kinderwunschbehandlung). Diese weist jedoch eine Reihe von Einschränkungen auf, die
13 teilweise hinter den gesellschaftlichen Realitäten zurückbleiben, oder auch Paare im Bezug
14 dieser Leistung unbegründet und stark einschränken. Daher sind im Rahmen einer
15 Gesetzesnovelle folgende Punkte zu überarbeiten:
16

17 Die Reproduktionsförderung ist dahingehend zu erweitern, dass zukünftig nicht mehr nur
18 verheirateten und unverheirateten Paaren in heteronormativer Lebensführung sondern auch
19 gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die Förderung gewährt wird. Hierbei gilt äquivalent
20 zur bisherigen Heteropaar-Regelung, dass eine eingetragene Partnerschaft nicht vorliegen
21 muss. Für diesen Fall reicht eine Bestätigung der/des behandelnden Ärztin/Arztes aus, dass
22 es sich um eine gefestigte Partnerschaft handelt und das Sorgerecht für das Kind von der
23 zweiten Person ebenfalls angestrebt wird. Die bisherige Altersgrenze für Väter ist
24 dahingehend zu ändern, dass es sich zukünftig um die Altersregelung für die zweite Person
25 der Partnerschaft handelt.
26

27 Die Regelung, dass die Behandlung in Sachsen-Anhalt zu erfolgen hat, wird ersatzlos
28 gestrichen.
29

30 Die Förderung, die bisher für bis zu drei Versuche, im Rahmen von In-Vitro-Fertilisationen
31 bzw. Intrazytoplasmatischen Spermieninjektionen gewährleistet wird ist zukünftig nicht auf
32 eine Anzahl beschränkt, so lange die medizinisch indizierten Voraussetzungen erfüllt sind.
33

34 Das Höchstalter der austragenden Frau sowie das der zweiten Person werden auf Basis
35 neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse auf eine Erhöhung hin überprüft.
36

37 **Begründung:**

38
39 Das Land Sachsen-Anhalt fördert bereits heute Kinderwunschbehandlungen bei
40 getrenntgeschlechtlichen Paaren, unabhängig davon ob diese verheiratet sind oder nicht.
41 Diese Regelung benachteiligt gleichgeschlechtliche Paare, denen diese Möglichkeiten zwar
42 zur Verfügung stehen, allerdings ohne die Möglichkeit der staatlichen Unterstützung. Hier
43 liegt somit eine Form der Diskriminierung vor, die schnellstmöglich abgebaut werden muss.
44 Hierbei ist auch darauf zu achten, dass die Regelung, dass die Inanspruchnahme auch
45 unverheirateten Paaren möglich sein muss äquivalent übernommen wird, eine eingetragene
46 Lebenspartnerschaft also keine Voraussetzung werden darf.
47

48 Bisher gilt, neben der nachvollziehbaren Regelung zum Hauptwohnsitz in Sachsen-Anhalt
49 auch, dass die Behandlung zwingend in diesem Bundesland erfolgen muss. Diese Regelung
50 ist aus mehreren Gründen ersatzlos zu streichen. Zum einen gilt ganz pragmatisch, dass in
51 einem Flächenland die räumliche Nähe in Teilen einfach zu anderen Institutionen gegeben
52 ist, was bei der häufigeren Notwendigkeit der Termine ein Teilargument ist. Wesentlicher
53 erscheint jedoch, dass es sich bei der zum Kinderwunsch beitragenden Institution um eine
54 sehr wichtige handelt, bei deren Auswahl individuelle Aspekte, wie Eindrücke, Vertrauen und

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1 Erfahrungsberichte eine durchaus relevante Rolle spielen. Daher soll Paaren mit
2 Kinderwunsch hier mehr Freiheit bei der Auswahl der Institution ermöglicht werden.
3 Die aktuelle Förderhöchstzahl ist auf drei Versuche begrenzt. Dies erscheint in Anbetracht
4 der nicht immer guten Erfolgsquoten als zu gering, da weitere Versuche damit zu einer Art
5 Luxusgut werden. Dies ist jedoch im Vergleich zu Paaren mit natürlich umsetzbaren
6 Kinderwunsch als unfair, so dass die Förderung – auch wenn damit geringe Mehrkosten für
7 das Land verbunden sind – so lange gewährt werden soll, wie die von der Ökonomie
8 unabhängigen Faktoren der Medizin dies erlauben.

9
10 Die bisherigen Förderrichtlinien verweisen auf eine medizinische Prüfung, die bereits einige
11 Jahre her ist. Da mittlerweile jedoch, auch aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen, die
12 Anzahl an älteren (werdenden) Eltern zugenommen hat und sich die medizinische Realität
13 weiterentwickelt hat, soll die starre Altersgrenze von 40. bzw. 50 Jahren auf Basis neuerer
14 Studien kritisch auf eine Erhöhung hin geprüft werden.

15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: C21
2
3 Antragssteller: Jusos, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag,
6 SPD-Land- und Bundestagsfraktion
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Schutz von minderjährigen Geflüchteten**

11
12 Wir fordern ein verbindliches Kinderschutzprogramm in Erstaufnahmeeinrichtungen für
13 Geflüchtete und Vertriebene. Dieses Kinderschutzprogramm soll die rund um die Uhr
14 Betreuung der meist allein reisenden Minderjährigen sicherstellen und dafür ausreichend
15 ErzieherInnen einstellen. Zudem soll die Zusammenführung von Familien, wenn das Kind es
16 wünscht, eines der Hauptziele für die weitere Vermittlung sein. Die Ermittlungsbehörden
17 bemühen sich durch einen Sonderermittlungskommando die verschwundenen
18 Minderjährigen zu finden und die Gründe dafür zu ermitteln.
19

20 **Begründung:**

21
22 Mehr als 5.800 vermisste geflüchtete Minderjährige wurden auf die parlamentarische
23 Anfrage von Luise Amtsberg, Bundestagsabgeordneten der Partei Bündnis '90/Die Grünen
24 gezählt:[https://www.gruene-](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/integration/KA_18_7916.pdf)
25 [bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/integration/KA_18_7916.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/integration/KA_18_7916.pdf)
26

27 Die Erklärungen für das Verschwinden dieser erschreckend hohen Zahl an vermissten
28 minderjährigen Flüchtlingen sind unzufriedenstellend. Begründet werden diese, durch
29 Mehrfachregistrierungen der Kinder und Jugendlichen oder deren Bestrebungen
30 weiterzureisen. In dem Statement der Politikerin heißt es deshalb:
31

32 "Besorgniserregend ist, dass die Regierung nicht ernsthaft in Betracht zieht, dass etliche in
33 die Fänge von Kriminellen oder in ausbeuterische Verhältnisse geraten sind. [...] Umso
34 wichtiger ist es, Klarheit über den Verbleib der Kinder bekommen, um so etwas verhindern
35 zu können. In einem ersten Schritt müsste man diejenigen, die wieder aufgetaucht sind, das
36 waren im vergangenen Jahr knapp 2.200 Kinder und Jugendliche, intensiv nach den
37 Gründen für ihr Verschwinden und nach ihren Erlebnissen zu befragen." Die
38 Aufklärungsquote liege bei 27 Prozent und sank damit.
39
40
41
42
43
44
45
46
47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
49 Weitergeleitet an:
50

1 Antrag: C22
2
3 Antragssteller: Jusos, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Sicherheitskonzept für öffentliche Räume**

10
11 Die Jusos fordern, dass die Landtagsfraktion prüft, inwiefern ein Sicherheitskonzept, das
12 folgende Punkte beinhaltet, in die Landesbauordnung aufgenommen werden kann.
13 Dieses Sicherheitskonzept soll folgende Punkte beinhalten:
14

- 15 1. ausreichend Beleuchtung an öffentlichen Plätzen, Parkhäusern und Bahnhöfen,
16 insbesondere im Bereich von Fahrkarten- und Bankautomaten
17
- 18 2. Möglichkeiten, um Alarmsignale abzugeben
19
- 20 3. Barrierefreiheit
21
- 22 4. Personal, welches 24h erreichbar und ansprechbar ist
23

24 Dieses Sicherheitskonzept soll in die Bauverordnung des Landes Sachsen-Anhalt und in der
25 Stadt- und Landentwicklung aufgenommen werden.
26

27 **Begründung:**

28
29 Am Magdeburger Hauptbahnhof wurden aufgrund von Baumaßnahmen und
30 Umstrukturierung des Bahnhofes, einige Fahrkartenautomaten umgesiedelt. Diese stehen
31 nun in einem Seitenarm, der schlecht ausgeleuchtet und einsehbar ist. Aus diesem Grund
32 fordern wir ein verbindliches Sicherheitskonzept, das insbesondere die Gefährdung von
33 Gewalt an Frauen und Kinder verhindert. Dieses Sicherheitskonzept kommt zudem
34 Menschen zu gute, die aufgrund einer seelischen und psychischen Behinderung (z.B.
35 Angstzustände) sich nicht in den öffentlichen Raum trauen.
36
37
38
39
40
41
42
43
44

45 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
46 Weitergeleitet an:
47

1 Antrag: D1
2
3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag,
6 YES, S&D-Fraktion
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Studie über die Verhinderung der Freizügigkeit und der beruflichen Entwicklung der**
11 **Eltern von Trennungskindern durch die Familiengerichte**

12
13 Das Europäischen Parlament soll erwirken, dass eine EU-weite Studie zu folgendem
14 Sachverhalt erstellt wird:

- 15
16 • Wie vielen Elternteilen von Trennungskindern wird über Jahre durch Urteile von
17 Familienrichtern die Freizügigkeit verwehrt?
18
- 19 • Wie viele Elternteile werden auf diese Weise in ihrer beruflichen Entwicklung
20 behindert?
21

22 Die Studie sollte für alle EU-Länder vergleichend erfolgen. Dabei muss beachtet werden,
23 dass selbst innerhalb der Mitgliedsstaaten Unterschiede im Familienrecht und im Kinderrecht
24 praktiziert werden (Beispiel: England, Schottland, Nordirland). Die Ergebnisse sollen in allen
25 EU-Mitgliedsstaaten in den Medien veröffentlicht werden.
26

27 **Begründung:**

28
29 Im Zuge der Globalisierung gehen viele junge Menschen aus privaten oder beruflichen
30 Gründen vorübergehend ins Ausland. Sie sind dann meist in dem Alter, in dem sie Eltern
31 werden. Wenn das im Ausland geschieht, werden sie (oft für viele Jahre) dort festgehalten,
32 wenn ein Elternteil ihre Rückkehr nicht zustimmt. Im Allgemeinen sind allerdings die Frauen
33 die HauptversorgerInnen, die die damit einhergehenden Pflichten und höchsten finanziellen
34 Belastungen tragen.
35

36 Familiengerichte entscheiden oft nach den im jeweiligen Land üblichen Gepflogenheiten,
37 ohne die Situation im Einzelfall umfassend zu untersuchen. Da die antragstellenden
38 Elternteile AusländerInnen sind, sind sie in der Kenntnis des Gerichtswesens benachteiligt.
39 Es wird behauptet, dass Kinderrechte über allem stehen. Gleichzeitig wird die Situation der
40 Kleinkinder, die auf die Elternteile angewiesen sind, dazu benutzt, um Müttern die
41 Menschenrechte auf freie Berufswahl und Freizügigkeit zu verwehren.
42 Das Ergebnis ist, dass Elternschaft als Handykap wahrgenommen wird.
43
44
45

46 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
47 Weitergeleitet an:
48

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1 Antrag: D2
2
3 Antragsteller: Jusos Dessau-Roßlau
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag,
6 SPD-Bundestagsfraktion
7

8 Die Juso-Landesdeligiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Equal Treatment von Leiharbeitern**

11
12 Erhalten festangestellte Mitarbeiter einer Firma betriebliche Zusatzleistungen (z. B.
13 Vergünstigungen auf Mahlzeiten in einer Kantine, Zugang zu Sportstätten innerhalb und
14 außerhalb der Firma, Zugang zu Betriebskindergärten) so sollen diese Vorzüge auch für bei
15 der Firma arbeitende Leiharbeiter gelten.
16

17 **Begründung:**

18
19 Viele Firmen verweigern Ihren externen Mitarbeiter Vorzugsleistungen wie die oben
20 genannten. Durch diese Ausgrenzung kommt es neben einer finanziellen Benachteiligung
21 auch zu einer sozialen Benachteiligung. Zugang zu persönlichen Kontakten zu Kollegen
22 abseits der Arbeit wird erschwert. Die Möglichkeit wichtige soziale Kontakte zu knüpfen und
23 damit verbunden eine Integration in das Arbeitsumfeld muss ungerechterweise durch
24 eigenen finanziellen Mehraufwand bei i. d. R. geringerer Bezahlung erfolgen.
25

26 Da der Großteil der Leiharbeiter einen unbefristeten Arbeitsvertrag anstrebt und somit nicht
27 negativ auffallen möchte, wird der Betriebsrat in solchen Fällen selten kontaktiert.
28
29
30
31
32
33
34
35

36 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
37 Weitergeleitet an:
38

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1 Antrag: 3
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag, Ministerium für
6 Wissenschaft, Wirtschaft und Digitales
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 Förderung von gemeinnützigen Applikationen und Programmen

11
12 Die SPD Landtagsfraktion und unsere Mitglieder der Landesregierung im Bereich Wirtschaft,
13 Wissenschaft und Digitales sollen sich für die Einrichtung eines Fördertopfes für
14 gemeinnützige Applikationen und Programme einsetzen.

15
16 Hierbei sind entsprechende Kriterien zu erarbeiten und Punkte wie Open Source und nicht
17 kommerzielle Vermarktung besonders zu berücksichtigen, ebenso wie möglichst niedrige
18 Zugangshürden zu den Geldern.
19

20 **Begründung:**

21
22 Durch die Allgegenwärtigkeit von Smartphones und anderen elektronischen Geräten bieten
23 sich große Chancen für kleine Innovationen im Alltag. Programme können entwickelt werden
24 zur Bewertung von Arztpraxen unter bestimmten Gesichtspunkten, zur Kenntlichmachung
25 von Foodsharingkühlschränken, aber auch für Hilfestellungen für Geflüchtete und zahllose
26 andere Möglichkeiten. Tatsächlich sind solche Modelle oft schon mit geringer Manpower und
27 nicht allzu hohem finanziellen Aufwand umsetzbar. Solches Engagement und
28 gemeinnütziger Ideenreichtum sollte von Seiten des Landes unterstützt und gefördert
29 werden, auch um jungen Entwicklern neue Handlungsspielräume zu eröffnen.
30

31 Mit einer unkomplizierten Fördermittelvergabe und anderen Hilfestellungen kann so auf sehr
32 simple Art ein breiter Mehrwert geschaffen werden, der zu unseren Grundwerten von
33 Solidarität und Förderung von Bildung steht.
34
35
36
37
38
39
40
41

42
43 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
44 Weitergeleitet an:
45

1 Antrag: D4
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
6
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Zertifizierung von Algorithmen – gerecht gerechnet?**

10
11 Die SPD-Bundestagsfraktion und das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz werden
12 aufgefordert ein Modell zur Überprüfung und Zertifizierung von Algorithmen zu entwickeln.
13 Hierbei geht es vor allem darum ihre Funktionsweise in Bezug auf ethische, demokratische
14 und gleichstellungsrelevante Punkte zu prüfen und mögliche Mängel dabei deutlich zu
15 kennzeichnen. Ebenso sollen aber Algorithmen, bei denen keine entsprechende
16 Beeinflussung festzustellen ist, positiv hervorgehoben werden.
17

18 **Begründung:**

19
20 Algorithmen sind die Geschäftsgrundlage vieler Unternehmen im Netz. Sei es die
21 Suchmechanik von Google, der Newsfeed von Facebook oder die Produkte, die Amazon
22 zielgerichtet seinen Nutzern anbietet, sie alle basieren auf entsprechenden automatisierten
23 Rechenformeln.
24

25 Was hierbei jedoch oft übersehen wird ist, dass Algorithmen nicht nur beachten können, was
26 Nutzern besonders relevant erscheinen mag, sondern ebenso persönliche und
27 wettbewerbstechnische Interessen der privaten Unternehmen denen sie gehören, dort
28 eingearbeitet sein können.
29

30 Bislang haben die Unternehmen Einsicht in ihre Berechnungssysteme verweigert mit der
31 Begründung, dass diese maßgeblich zu ihrem Geschäftsmodell gehören und somit die
32 Formeln unter das Betriebsgeheimnis fallen. Mittlerweile gibt es jedoch auch Initiativen die
33 durch das gezielte Einspeisen von Daten die Funktionsweise von Algorithmen analysieren
34 und dabei auf besorgniserregende Funktionen stoßen. So steht z.B. der Suchalgorithmus
35 von Google unter starkem Verdacht bewusst die Partei der Demokraten in den USA zu
36 bevorzugen.
37

38 Deshalb muss mehr Transparenz geschaffen werden, da insbesondere für unsere
39 demokratische aber auch als Konsument relevante Meinungsbildung immer häufiger online
40 geschieht. Bleibt dies nicht nur ohne jede ethische Regelung, sondern auch noch ohne jedes
41 Bewusstsein, kann dies auf Dauer zu einer ernsthaften Gefährdung unserer Zivilgesellschaft
42 werden.
43

44 Die Zertifizierung von Algorithmen ist hierbei nur als erster Schritt zu sehen einen ethisch
45 Verantwortungsvollen Umgang mit Daten- und Datenverarbeitung in der demokratischen
46 Zivilgesellschaft zu finden.
47

48
49
50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:
52

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1 Antrag: D5
2
3 Antragsteller: Jusos Dessau-Roßlau
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
6

7 Die Juso-Landesdeligiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Verbesserung der medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt**

10
11 Die SPD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt möge sich dafür einsetzen, dass langfristig
12 mehr Allgemeinmediziner und Fachärzte zur Verfügung stehen. Eine Maßnahme dafür
13 könnte eine Kooperation mit Vermittlungsfirmen sein, welche in- und ausländischen Ärzten
14 mit geeigneter Qualifikation die Niederlassung in Sachsen-Anhalt erleichtern sollen (z. B.
15 Hilfe bei der Suche nach einer Praxis, Unterstützung für Behördenarbeiten, Hervorhebung
16 wirtschaftlicher Anreize). Im Falle solch einer Kooperation sollte auch die Kassenärztliche
17 Vereinigung Sachsen-Anhalts einbezogen werden.
18

19 **Begründung:**

20
21 In kleineren Städten (Dessau, Köthen) und in ländlichen Gegenden gestaltet es sich in
22 Sachsen-Anhalt schwer einen Termin bei einem Allgemeinmediziner oder einem Facharzt zu
23 bekommen, da diese keine neuen Patienten mehr aufnehmen. Häufig müssen lange Wege
24 nach Magdeburg oder Halle aufgenommen werden, um eine angemessene medizinische
25 Betreuung zu erhalten. Dies ist jedoch besonders für Rentner und Erwerbstätige mit hohem
26 Aufwand verbunden. Weiterhin sind Arztbesuche in vielen Teilen Sachsen-Anhalts mit einer
27 für Kranke unzumutbar hohen Wartezeit verbunden.
28
29
30
31
32
33

34 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
35 Weitergeleitet an:
36

1 Antrag: D6
2
3 Antragsteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, Ministerium für Arbeit,
6 Soziales und Integration, Ministerium für Justiz und Gleichstellung
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen-Anhalt möge beschließen:
9

10 **Zeit ist Geld, auch für Neueinsteiger*innen**

11
12 Einfühlungsverhältnisse, die zwischen Arbeitgeber*in und potenziellem*r Arbeitnehmer*in
13 zum Einstieg in einen Betrieb abgeschlossen werden können, sollen abgeschafft werden.
14

15 **Begründung:**

16
17 Wenn in Betrieben neue Mitarbeiter*innen aufgenommen werden, ist oftmals ein
18 Einfühlungsverhältnis die gängige Methode zur Einarbeitung. Arbeitnehmer*in und
19 Arbeitgeber*in können sich kennenlernen und feststellen, ob sie zusammenpassen und sich
20 den Abschluss eines Arbeitsverhältnisses vorstellen können. Einfühlungsverhältnisse sind
21 unbezahlt und basieren auf einer schriftlichen Erklärung beider Parteien, ein solches
22 Verhältnis miteinander einzugehen.
23

24 Der tatsächliche Zweck, nämlich sich kennenzulernen, wird allerdings einerseits durch die
25 Möglichkeit, Vorstellungsgespräche durchzuführen, entbehrlich. Andererseits kann ein
26 Probearbeitsverhältnis vereinbart werden, das seinen gesetzlichen Rahmen durch § 611
27 BGB als befristeter Arbeitsvertrag erhält.
28

29 Dieses darf laut ständiger Rechtsprechung nicht länger als sechs Monate andauern. Im
30 Gegensatz dazu ist ein Einfühlungsverhältnis auf eine Woche beschränkt. Beide Zeitrahmen
31 sind gesetzlich nicht festgelegt und müssen nicht zwangsläufig in der schriftlichen
32 Vereinbarung konkretisiert werden. Sie gelten somit als Einfallstor für Rechtsmissbrauch.
33 Gerichtlich kann gegen eine Überschreitung dieser Zeitrahmen vorgegangen werden.
34 Fraglich ist aber, ob Arbeitnehmer*innen diesen Schritt, der als Killer für das Arbeitsklima
35 wirkt, wirklich wagen. So kann es zu einer erheblichen Zeitüberschreitung beim
36 Einfühlungsverhältnis kommen.
37

38 Das Probearbeitsverhältnis wird vergütet. Dabei verpflichten sich Arbeitnehmer*innen zur
39 Arbeitsleistung. Im Einfühlungsverhältnis verpflichten sich potenzielle Arbeitnehmer*innen
40 nicht zur Ableistung der Arbeit und sind auch nicht an Weisungen oder Arbeitszeiten
41 gebunden. Entspricht die Art oder der Umfang der geleisteten Arbeit dennoch nicht den
42 Vorstellungen der Arbeitgeber*innen, kommt es nicht zur Einstellung. Faktisch werden
43 Personen ausgebeutet und ihre Arbeitskraft verschwendet.
44

45 Im Übrigen ist das gesamte Verhältnis ein rechtlich wackliges Konstrukt, denn ein
46 „Rechtsverhältnis“ definiert sich als rechtliche Beziehung, der ein konkreter Sachverhalt
47 zugrunde liegt, der wiederum auf einer Rechtsnorm beruht. Der Aspekt Beziehung ist im
48 Einfühlungsverhältnis lediglich konstruiert: Eine Partei leistet Arbeit, bekommt aber nichts
49 zurück. Auch eine zugrunde liegende Rechtsnorm ist nicht ersichtlich. Die schriftliche
50 Vereinbarung eines solchen Verhältnisses ist für die Arbeitnehmer*innen oftmals der einzige
51 Weg zur Festanstellung. Sie beinhaltet aber nichts für das zukünftige Arbeitsverhältnis
52 Relevantes und ist allenfalls als rechtliche Absicherung der Arbeitgeber*innen einzustufen.
53

54 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
55 Weitergeleitet an:
56

1 Antrag: D7
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt
6
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Kostenübernahme von Verhütungsmitteln in Sachsen-Anhalt**

11
12 Die Jusos bekennen sich zur Selbstbestimmung von sexuellen und reproduktiven Rechten.
13 So soll jeder Mensch die Möglichkeit zur Verhütung besitzen und über seine reproduktive
14 Gesundheit selbst entscheiden dürfen. Dies bedeutet, die Wahrung einer selbstbestimmten
15 Entscheidung über den Schwangerschaftszeitpunkt und die Kinderanzahl. Personen, die
16 jedoch aus finanziellen Gründen verschiedene Verhütungsmethoden nicht in Anspruch
17 nehmen können, werden in ihren Rechten und Freiheiten massiv eingeschränkt. Die
18 Sicherstellung des uneingeschränkten Zugangs zu Verhütungsmethoden ist eine öffentliche
19 Aufgabe.
20

21 Daher fordern wir eine Kostenübernahme von hormonellen, sowie hormonfreien
22 Verhütungsmitteln in Sachsen-Anhalt für Frauen* und Männer*, die bestimmte
23 Einkommensgrenzen nicht überschreiten. Darunter fallen Schüler*innen, Auszubildende,
24 Studierende, ALG II-Empfänger*innen, Empfänger*innen von Grundsicherung,
25 Empfänger*innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Personen mit geringen
26 Einkommen.
27

28 **Begründung:**

29
30 Mit der Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes im Jahre 2004, stiegen die
31 Kosten für Verhütungsmittel und die finanziellen Übernahmen von Verhütungsmitteln für ALG
32 II- und Sozialhilfeempfänger*innen entfielen. Durch diese Neuregelungen stellten sich
33 finanzielle Mehrbelastungen für die genannten Personengruppen ein.
34

35 Die derzeitige Lage zeigt, dass es zwar geringfügige Kostenübernahmen auf regionaler oder
36 kommunaler Ebene gibt, diese jedoch uneinheitlich und unübersichtlich geregelt sind. Aus
37 einer Umfrage von 2010 von profamilia geht hervor, dass lediglich 59 der 181
38 deutschlandweiten profamilia-Beratungsstellen eine Teilfinanzierung von Verhütungsmitteln
39 übernehmen können. Lediglich in Berlin können ALG II- und Sozialhilfeempfänger*innen,
40 sowie Schüler*innen, Auszubildende, Studierende eine komplette Finanzierung von ärztlich
41 verordneten Verhütungsmitteln beantragen.
42

43 Für das Land Sachsen-Anhalt gibt es derzeit nur geringfügige Regelungen zur
44 Kostenübernahme von Verhütungsmethoden. Diese sieht finanzielle Unterstützungen nur für
45 Frauen* mit Behinderungen vor, die in Einrichtungen leben.
46

47 Da diese Verordnung eine Vielzahl von Personengruppen ausschließt, wird es Zeit eine
48 gesetzlich festgeschriebene und gerechte Neuregelung zu erwirken. Als Orientierung
49 könnten Regelungen und Verordnungen der Berliner Gesundheitsämter dienen. Eine weitere
50 Lösung wäre eine staatliche Ausfinanzierung von profamilia-Beratungsstellen, hinsichtlich
51 der Kostenübernahme und/oder Ausgabe von Verhütungsmitteln. Bezüglich der Vorteile
52 einer vollen finanziellen Übernahme, sind die Reduzierung von ungewollten
53 Schwangerschaften, sowie Schwangerschaftsabbrüchen zu nennen.
54

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

- 1 Fest steht, das Frauen* und Männer* ein Recht auf die freie Wahl der Verhütungsmethode
2 und Familienplanung haben und diese nicht durch finanzielle Mittel eingeschränkt werden
3 dürfen.
4
5
6
7
8
9
10
11 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
12 Weitergeleitet an:
13
-

1 Antrag: D8
2
3 Antragsteller: Jusos Halle
4 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weitergabe an den SPD-Bundesparteitag
5

6 Die Jusos-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
7

8 **Anhebung der Verdienstgrenze einer geringfügigen Beschäftigung**

9
10 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen sollen sich für eine deutliche
11 Anhebung der oberen Verdienstgrenze geringfügiger Beschäftigung von 450€ nach § 8 SGB
12 IV einsetzen.
13

14 **Begründung:**

15
16 Mit der Einführung des Mindestlohns wurde ein sozialdemokratisches Ziel erreicht. Trotz der
17 vielen positiven Entwicklungen, existiert in einigen Bereichen Handlungsbedarf. Einer dieser
18 Bereiche ist die geringfügige Beschäftigung. Die obere Verdienstgrenze liegt derzeit bei
19 450€. Mit der Einführung des Mindestlohns verdienen aber ArbeitnehmerInnen, die einer
20 geringfügigen Beschäftigung nachgehen, nicht mehr als diese 450€. Im Regelfall hat die
21 Einführung des Mindestlohns zu einer Reduzierung der Arbeitszeit geführt. Dies kann positiv
22 betrachtet werden, aber die Entscheidung, über die mögliche zeitliche Arbeitsbelastung sollte
23 bei den ArbeitnehmerInnen zum Teil selber liegen.
24

25 Beispiel:

26 Arbeitete ein/e Studierende/r vor der Einführung des Mindestlohns für 6€/h, konnte diese/r
27 bei einer maximalen Arbeitszeit von 75h/Monat genau 450€ verdienen. Mit der Einführung
28 des Mindestlohns ist er/sie „gezwungen“ nur noch weniger als 52,9h/Monat (rechnerisch) zu
29 arbeiten. Dies entspricht einer ungefähren Wochenarbeitszeit von 12,3h. Dabei spielt es
30 nach der Einführung keine Rolle, ob der/die Studierende/r die Kapazitäten hat, mehr zu
31 arbeiten. Die 20h-Regelung für Studierende findet in diesem Fall auch keine Beachtung
32 mehr.
33

34 Eine Anhebung der oberen Verdienstgrenze könnte den Menschen ein eigenständiges und
35 finanziell gesicherteres Leben ermöglichen. Eine Anhebung der oberen Verdienstgrenze
36 muss auch in anderen sozialen Leistungen (BAFöG, Wohngeld, etc.) berücksichtigt werden.
37
38
39
40

41 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
42 Weitergeleitet an:
43

1 Antrag: D9
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und die SPD Landtagsfraktion
6

7 **Verstärkter Einsatz von psychologischen Mitarbeiter*innen in Kindertagesstätten**

8
9 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für einen verstärkten Einsatz von
10 psychologischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertagesstätten einzusetzen. Die
11 Zusammenarbeit von psychologischen Personal und der Einrichtung sollen gesetzlich
12 vereinfacht und durch das Land unterstützt werden.
13

14 **Begründung:**

15
16 Durch die strengen Betreuungsschlüssel haben Erzieher*innen oftmals keine Zeit, sich mit
17 den psychologischen Bedürfnissen der Kinder auseinanderzusetzen. Kinder, welche in
18 prekären Familiensituationen aufwachsen, brauchen eine stärkere psychologische
19 Betreuung. Hinzukommt die Doppelbelastung durch geflüchtete Kinder, die häufig unter
20 traumatischen Erlebnissen leiden. Deswegen bedarf es einer geregelten und gezielten
21 Zusatzbetreuung durch psychologisches Personal in den Kindertagesstätten. Nur so können
22 bei Kindern schon in einer frühen Phase Traumata, Psychosen etc. festgestellt werden.
23 Gleichzeitig sinkt das Risiko für spätere Entwicklungsstörungen und die Integration in einen
24 normalen und unbeschwerten Alltag wird sichergestellt.
25
26
27
28
29
30

31 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
32 Weitergeleitet an:
33

1 Antrag: D10
2
3 Antragsteller: Jusos Dessau-Roßlau
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
6

7 Die Juso-Landesdeligiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Überarbeitung des Kapazitätsrechts mit dem Ziel der Ausbildung von Medizinern für**
10 **Sachsen-Anhalt und andere Regionen mit Ärztemangel**

11
12 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass langfristig mehr
13 Allgemeinmediziner und Fachärzte zur Verfügung stehen. Hierfür soll das Kapazitätsrecht
14 (KR), welches die Anzahl der Medizinstudienplätze festlegt, überarbeitet werden. Das KR
15 soll insofern geändert werden, dass eine zusätzliche, aus Drittmitteln bezahlte Ausbildung
16 von Medizinern in Verbindung mit einer nachgeschalteten 10 jährigen Bleibepflicht in
17 Sachsen-Anhalt ermöglicht werden soll.
18

19 **Begründung:**
20

21 In kleineren Städten (Dessau, Köthen) und in ländlichen Gegenden gestaltet es sich in
22 Sachsen-Anhalt schwer einen Termin bei einem Allgemeinmediziner oder einem Facharzt zu
23 bekommen, da diese keine neuen Patienten mehr aufnehmen. Häufig müssen lange Wege
24 nach Magdeburg oder Halle aufgenommen werden, um eine angemessene medizinische
25 Betreuung zu erhalten. Dies ist jedoch besonders für Rentner und Erwerbstätige mit hohem
26 Aufwand verbunden. Weiterhin sind Arztbesuche in vielen Teilen Sachsen-Anhalts mit einer
27 für Kranke unzumutbar hohen Wartezeit verbunden.
28

29 Laut einem Onlineartikel der Mitteldeutschen Zeitung ("Ärztemangel in Sachsen-Anhalt -
30 Ärztevereinigung investiert Millionen in Medizinernachwuchs", 20.03.2015, Mitteldeutsche
31 Zeitung) werden bereits Ärzte an privaten Hochschulen in Nordrhein-Westfalen auf Kosten
32 der Kassenärztlichen Vereinigung ausgebildet. Dafür verpflichten sich diese Studenten nach
33 der Ausbildung für 10 Jahre in Sachsen-Anhalt zu bleiben. Dadurch wird besonders regional
34 verwurzelten Bürgern der Zugang zu einem Medizinstudium abseits der Vergabe über den
35 Numerus Clausus (NC 2015 Medizin: 1,0) ermöglicht.
36

37 Somit wird dem verbreiteten Phänomen, dass Sachsen-Anhalt nach dem Medizinstudium
38 verlassen wird, entgegengewirkt. Der Umweg über private Hochschulen muss ausschließlich
39 aufgrund des Kapazitätsrechts gegangen werden, obwohl die Universitäten Sachsen-Anhalts
40 ebenfalls ein Interesse haben mehr Mediziner auszubilden.
41
42
43
44
45

46 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
47 Weitergeleitet an:
48

1 Antrag: D11
2
3 Antragssteller: Jusos westliche Altmark
4
5 Weiterleitung an: Bundeskongress
6

7 Die Juso-Landesdelegierten Konferenz möge beschließen:
8

9 **Echte Verringerung von Waffenexporten**

10
11 Die Jusos fordern schon die weltweite Abrüstung und Abschaffung von Atomwaffen,
12 sonstiger ABC-Massenvernichtungswaffen sowie von Personen-Minen. Dies sollte durch das
13 Ziel der vollkommenen Beendigung von Rüstungsexporten ergänzt werden. Prinzipiell sollte
14 die Produktion auf den Bedarf der Landesverteidigung beschränkt werden. Der Export in
15 Staaten welche nicht die westlichen Standards von Demokratie und Menschenrechten
16 entsprechen oder Staaten welche in Konflikte innerhalb des eigenen Landes (Bsp.: Türkei)
17 oder außerhalb des Staatsgebiets (Saudi-Arabien) beteiligt sind muss umgehend
18 unterbunden werden.
19

20 **Begründung:**

21
22 Waffen sind das Mittel zur Gewalt und damit zu Krieg schlechthin. Gerade Kleinwaffen haben
23 im internationalen Terrorismus eine immer größer grausamere Bedeutung. Nicht umsonst
24 wurden sie als die "Massenvernichtungswaffen unserer Zeit" bezeichnet. Von Gegnern eines
25 Waffenexportverbots wird oft erklärt, dass Handel besonders mit nichtdemokratischen
26 Staaten für diplomatische Beziehungen und Annäherungspolitik notwendig seien. Dies mag
27 für den Handel von zivilen Produkten stimmen, hier sollte Deutschland und Europa seine
28 Embargopolitik auch durchaus lockern, nicht aber für den Rüstungsexport. Er ist nicht nötig
29 für politische Kontakte zu Ländern wie Saudi-Arabien oder den Iran. Bedeutsamer sind bei
30 solchen Staaten viel mehr der Handel mit Erdöl. Nicht zuletzt sind viele dieser Länder direkt
31 am derzeitigen Konflikt in Nahost zumindest passiv wenn nicht gar wie im Jemen aktiv
32 beteiligt und somit auch Grund für das Leid von Flüchtlingen.
33
34
35
36
37
38

39
40 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
41 Weitergeleitet an:
42

1 Antrag: D12
2
3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an
6 SPD-Bundestagsfraktion
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Finanzierung von Fachkräften für soziale Arbeit mit Kindern in Frauenschutzhäuser**

11
12 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich für
13 die Finanzierung von Fachkräften für die soziale Arbeit mit Kindern in Frauenschutzhäusern
14 einzusetzen.
15

16 **Begründung:**
17

18 Kinder, die mit ihren Müttern in ein Frauenschutzhause kommen, sind geprägt durch das
19 Erleben einer Gewaltatmosphäre und befinden sich zumeist in einer akuten Krisensituation.
20 Die Flucht ins Frauenschutzhause kommt für sie oft plötzlich, unvorbereitet und hier treffen
21 Kinder und ihre Mütter unterschiedlicher Kulturen, sozialer Schichten und jeden Alters für
22 eine unbestimmte Zeit aufeinander.
23

24 Neben einer zeitweisen Entlastung der Mütter ist wichtig, gemeinsam mit den Kindern über
25 ihre Gewalterfahrungen zu reden und ihnen entsprechend ihres Alters Möglichkeiten der
26 Aufarbeitung anzubieten, mit ihnen einen eigenen Sicherheitsplan zu entwickeln, damit
27 Kinder ihre Handlungsfähigkeit wieder erlangen können. Die Kinder und auch ihre Mütter
28 leiden oft psychisch unter den Folgen der Gewalt. Viele Kinder weisen
29 Verhaltensauffälligkeiten auf. Deshalb benötigen Kinder zeitnahe, unbürokratische,
30 spezifische und individuelle Hilfsangebote.
31

32 Es besteht nicht vordergründig ein Bedarf auf Hilfe zur Erziehung gemäß SGB VIII, sondern
33 der Bedarf an Aufarbeitung des Erlebten nach geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten
34 (Mädchen mit Opferidentifikation und Jungen mit Täteridentifikation). Ziel der Arbeit ist es,
35 Gewaltkreisläufe zu durchbrechen und den Kindern ein Leben ohne Gewalt zu ermöglichen.
36 Erziehungsberatungsstellen, Jugendämter oder Kindertagesstätten können diesen akuten
37 Bedarf nicht decken. Es ist von großer Bedeutung, im neuen Lebensumfeld der Kinder
38 aufarbeitend, entlastend und präventiv wirksam zu werden. Die Arbeit mit den Kindern darf
39 nicht nur sporadisch und punktuell durchgeführt werden, sondern muss in den Tagesablauf
40 integriert werden und sofort mit ihrer Ankunft nach der akuten Krisensituation beginnen.
41 Diese Arbeit wird bisher nicht bezuschusst. Die verschiedenen Träger der
42 Frauenschutzhäuser in Deutschland können eine solche Personalstelle nicht finanzieren.
43
44
45
46
47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
49 Weitergeleitet an:
50

1 Antrag: D13

2

3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand

4

5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, YES,
6 S&D-Fraktion

7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Frauen- und Kinderbeauftragte in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung**

11

12 Es gibt vorbildliche Modellprojekte (2015-2018) auf Initiative des BMFSFJ wie z.B. „BeSt –
13 Beraten & Stärken“, welches das Ziel verfolgt „Mädchen und Jungen mit Behinderung
14 nachhaltig vor (sexualisierter) Gewalt in Institutionen zu schützen“. Wir fordern, dass dieses
15 Projekt bis 2040 weiter finanziert wird. Außerdem soll das Projekt als Orientierung dienen,
16 um weitere Projekte, die Gewalt an Frauen mit Behinderung thematisieren, anzustoßen, zu
17 etablieren und zu finanzieren und mit ausreichend Personal auszustatten. Dabei soll
18 kontinuierlich beachtet werden, dass nicht nur Menschen mit einer körperlichen
19 Einschränkung und Behinderung Zugang zu diesen Programmen haben, sondern ebenso
20 Menschen mit Verhaltensauffälligkeiten und mit psychischen und seelischen Erkrankungen.

21

22 Zudem sollen die Ergebnisse und Erfahrungen, die während der Laufzeit des Projektes von
23 den verschiedenen Einrichtungen gesammelt wurden, zusammengetragen werden, um
24 höhere Standards für die Prävention festzulegen. Dazu zählen:

25

- 26 • Verbindliche Einstellung und Ausstattung von unabhängigen Frauen- und
27 Kinderbeauftragten in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung
- 28 • geschultes Personal im Bereich der Sexualpädagogik
- 29 • Verbindliche Einstellung von (Kinder-) PsychologInnen in Institutionen, in denen
30 Menschen mit Behinderung leben
- 31 • Intensive Betreuung von Betroffenen über einen angemessenen Zeitraum
- 32 • Richtlinie für Beschwerdeverfahren
- 33 • Psychologisch-betreutes Programm für TäterInnen

34

35 **Begründung:**

36

37 Die Studie (<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=186150.html>) im Auftrag
38 des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2014 deckte auf, dass
39 bis zu 75 % der Frauen mit Behinderung Opfer von (sexueller) Gewalt wurden. Das
40 europäische Institut für Menschenrechte veröffentlichte 2014 vergleichbare Befunde im
41 Bezug auf Gewalterfahrungen von Frauen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes kam
42 2015 aufgrund ihrer Befragungen zu dem Ergebnis, dass 50 % der ArbeitnehmerInnen
43 sexuelle Diskriminierung erfahren haben. Die Aktualität der Zahlen unterstreicht die
44 Dringlichkeit diese Gewalt einzudämmen, um insbesondere Frauen und Kindern ein
45 gewaltfreies Leben zu ermöglichen!

46

47

48

49 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

50 Weitergeleitet an:

1 Antrag: D14
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: Bundestagsfraktion, Bundesparteitag,
6
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8
9

Lebensmittelverschwendung entgegenreten

10
11 Die SPD wird sich nach dem Vorbild Frankreich dafür einsetzen ein Gesetz, welches die
12 Lebensmittelverschwendung von Supermärkten eindämmt, einzuführen. Die nicht verkauften
13 Nahrungsmittel sollen nach diesem Gesetz entsprechend an gemeinnützige Institutionen
14 gespendet werden. Anzustreben ist eine gesetzliche Regelung, die ein Anreizsystem schafft,
15 dass Supermärkte dazu anregt nicht verkaufte und weiterverwertbare Lebensmittel freiwillig
16 an gemeinnützige Institutionen zu spenden. Die Forderung nach der Einführung dieses
17 Gesetzes wird im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 Einzug halten. Dabei sind
18 Erfahrungen aus Frankreich zu berücksichtigen.
19

Begründung:

20
21
22 Seit Mai 2015 gilt in Frankreich ein Gesetz, das der Verschwendung von Lebensmitteln in
23 den Supermärkten Einhalt gebieten will. Der World Wide Fund For Nature (WWF) nennt das
24 französische Gesetz einen ersten und mutigen Schritt, auch wenn dieses Gesetz nicht die
25 Lösung des Problems der Lebensmittelverschwendung ist. Größere Supermärkte müssen
26 noch essbare Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, entweder an
27 Wohlfahrtsorganisationen spenden oder als Tierfutter beziehungsweise als Kompost für die
28 Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Ziel ist es, dass weniger Lebensmittel direkt im Müll
29 landen. In Frankreich sollen mit diesem Gesetz die Verluste bis 2025 halbiert werden.
30
31
32
33
34
35
36

37 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
38 Weitergeleitet an:
39
40

1 Antrag: D15
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
6
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Bundesteilhabegesetz novellieren – Ungerechtigkeiten beenden**

10
11 Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen sehen sich auch heute noch mit einer
12 Vielzahl an Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen konfrontiert. Einige dieser ergeben
13 sich aus der aktuellen Fassung des Bundesteilhabegesetzes und sollten im Zuge der
14 kommenden Novelle dringend und vollständig abgebaut werden. Zudem sollen im Zuge
15 dieser Reform weitere Verbesserungen auf dem Weg zu einem diskriminierungsfreien und
16 selbstbestimmten Leben erreicht werden. Im Einzelnen handelt es sich um nachfolgende
17 Punkte:

- 18
- 19 • Die Begrenzung von Einkommen und Vermögen auf eine Sparsumme von 2.600
20 Euro für auf Assistenz angewiesene Personen und ihre Ehe- bzw.
21 Lebenspartner*innen muss ersatzlos abgeschafft werden.
 - 22 • Die Inanspruchnahme von Assistenzhilfen wird zukünftig unabhängig von
23 Einkommen und Vermögen gewährt. Beides wird für die Gewähr dieser
24 Unterstützung nicht herangezogen. Vorbildcharakter für eine derartige Regelung
25 könnte zum Beispiel die Gesetzgebung des schwedischen Sozialstaates haben, wo
26 die unabhängig von diesen finanziellen Verhältnissen gewährt wird.
 - 27 • Die Strukturen der Elternunterstützung sollen gestärkt werden. Hierzu zählt neben
28 einem Ausbau der unabhängigen Beratungslandschaft auch die Etablierung einer
29 Elternassistenz.
 - 30 • Das bisher bestehende Blindengeld ist vollständig in ein Teilhabegeld umzuwandeln,
31 was allen Menschen mit Behinderungen gleichermaßen zur Verfügung steht.
 - 32 • Das Teilhabegeld soll, im Gegensatz zum bisherigen Blindengeld, bundeseinheitlich
33 geregelt und somit auch ohne regionale Diversitäten etabliert werden.

34
35 **Begründung:**

36
37 Obwohl sich die Situation von Menschen mit Behinderung in den letzten Dekaden auch in
38 Deutschland verbessert hat und u.a. auch die UN mit ihrer Behindertenkonvention die
39 Einschränkungen und Probleme dieser Bevölkerungsgruppe zu einem wichtigen Thema
40 erhoben hat, sehen sich Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen bis heute mit
41 einer Vielzahl an Ungerechtigkeiten und Problemen konfrontiert. Viele von diesen sind im
42 Bundesteilhabegesetz selbst, was den betroffenen Personen eigentlich eine Hilfe sein sollte,
43 selbst verursacht und müssen im Zuge einer zeitnah umzusetzenden Novelle schnell
44 abgeschafft werden. Diskriminierungen, oft mit drastischen Auswirkungen auf die Leben der
45 Betroffenen, dürfen nicht länger ignoriert werden, sondern müssen schnellstmöglich und
46 nachhaltig abgebaut werden.

47
48 Für Menschen mit Behinderung und Assistenzbedarf, sowie für ihre Ehe- bzw.
49 Lebenspartner gilt unabhängig von ihrer Einkommenssituation, dass diese keinerlei (Spar-
50)Guthaben über 2.600 Euro besitzen dürfen. Vermögen über dieser Summe werden
51 eingezogen. Dies ist nicht nur an sich bereits eine extreme Einschränkung, sondern
52 verursacht auch diverse weitere Probleme. So wird das Absichern von Risiken wie
53 Reparaturen von Haushaltsgeräten, das treffen von Altersvorsorge oder beispielweise das
54 Sparen für ein Auto vollends unmöglich. Auch wird durch diese Grenze ein selbstbestimmtes
55 Erwerbsleben konterkariert. Pflichten wie Steuern etc. gelten für die betroffenen Menschen

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1 zudem wie bei allen anderen auch, so dass auch diese einen Beitrag zum Sozialsystem
2 leisten. Menschen mit Behinderung wird aktuell der Besitz von höheren Beträgen auch
3 deshalb versagt, weil der Staat davon ausgeht, dass von diesen scheinbaren Überschüssen
4 die Assistenzen übernommen werden müssen. Dies setzt diese jedoch mit einer Art
5 freiwilliger Leistung, oder noch deutlicher: mit einem Konsumgut gleich. Dies ist jedoch
6 falsch, da es sich hierbei um einen Grundbedarf für ein möglichst selbstbestimmtes Leben
7 handelt.

8
9 Folglich ergibt sich auch die zweite Forderung, die Unterstützung mittels Assistenzhilfen
10 nicht mehr privat abzusichern, sondern staatlich zu leisten. Vorbild für eine solche Regelung
11 könnte zum Beispiel der schwedische Staat sein, wo diese Regelung aus Ausdruck eines
12 derartigen Verständnisses staatlicher Aufgaben bereits so praktiziert wird.

13
14 Auch heute übernehmen die Eltern von Menschen mit Behinderung häufig sehr viele
15 Aufgaben und werden dabei nur arg begrenzt vom Staat unterstützt. Im Zuge der Novelle
16 des Teilhabegesetzes sollen daher nicht nur die Beratungsstrukturen ausgebaut werden,
17 sondern auch Elternassistenzsysteme geschaffen werden. Diese wären eine Möglichkeit,
18 eine spürbare Entlastung für diesen Personenkreis zu ermöglichen und stellen somit ein
19 wichtiges Mittel zur Verstetigung von Unterstützung dar.

20
21 Bisher erhalten Menschen mit einer Einschränkung des Sehvermögens das so genannte
22 Blindengeld um ihren Hilfebedarf zu bezuschussen. Menschen mit anderen
23 Einschränkungen erhalten hingegen keinerlei Förderung, trotz eines ebenfalls vorhandenen
24 Hilfebedarfes. Dies ist eine Form der Diskriminierung die ebenfalls zügig abgeschafft werden
25 muss. Daher soll das bisherige Blindengeld in ein Teilhabegeld, was allen Menschen mit
26 Behinderung zur Verfügung steht, umgewandelt werden.

27
28 Dabei muss auch darauf geachtet werden, dass diese neue Form bundeseinheitlich geleistet
29 wird. Dies ist notwendig, da sich die Summen der Zahlungen in der aktuellen Form je nach
30 Bundesland deutlich unterscheiden, teils um mehr als 100 Prozent. Hilfebedarfe dürfen nicht
31 nach Wohnorten klassifiziert werden, sondern sollten für alle Menschen gleichermaßen
32 geleistet werden.

33
34 Dem Leitbild eines Abbaus von Diskriminierung und einer Förderung von Selbstbestimmtheit
35 folgend, sollten diese Hürden und Probleme schnellstmöglich abgebaut werden. Ein weiteres
36 Abwarten und Herausögern von Gerechtigkeit und Solidarität wäre nicht nachvollziehbar.

37
38
39

40 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

41 Weitergeleitet an:

42

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1 Antrag: D16
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Umsetzung von Inklusion im Rahmen der Evaluation des KiFöGs mit betrachten**

10
11 Entsprechend des Koalitionsvertrages ist eine Evaluation des Kinderförderungsgesetzes bis
12 Ende 2017 vorgesehen. SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion werden
13 aufgefordert, sich im Rahmen dieser Evaluation dafür einzusetzen, dass insbesondere die
14 Umsetzung der Inklusion in den Einrichtungen, welche vom Kinderförderungsgesetz erfasst
15 werden, zu untersuchen und entsprechende Handlungsempfehlungen herzuleiten.
16

17 **Begründung:**

18 erfolgt mündlich
19

20
21

22
23

24 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
25 Weitergeleitet an:

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O1
2
3 Antragssteller: Jusos Stendal
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat**

10
11 Ministerinnen und Minister mit Landtagsmandat werden Grundsätzlich gebeten Ihr
12 Abgeordnetenmandat mit ihrer Ernennung zum in das Kabinett zurückzugeben.
13

14 **Begründung:**

15
16 Wenn eine Person sowohl ein Abgeordnetenmandat als auch ein Ministeramt inne hat, muss
17 sich das Kabinettsmitglied quasi selbst kontrollieren. Auch wenn das Grundgesetz es
18 ausdrücklich vorsieht, ist es sinnvoll Personen zu bestärken, die ihr Abgeordnetenmandat
19 zurückgeben, so wie es in der Legislaturperiode ab 2016 der Fall ist. Die SPD würde dann
20 mit mehr Personen in der Öffentlichkeit stehen. Außerdem können die Minister aufgrund
21 ihrer Arbeitsbelastung ihr Abgeordnetenmandat nicht mit der gebotenen Kraft ausfüllen.
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

45 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
46 Weitergeleitet an:
47

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O2
2
3 Antragssteller: Jusos westliche Altmark
4
5 Weiterleitung an: Bundeskongress
6

7 Die Juso-Landesdelegierten Konferenz möge beschließen:
8

9 **Anerkennung des Revisionismus und Eduard Bernsteins**

10
11 Eduard Bernstein ist der Theoretische Begründer des Revisionismus, welcher den
12 Marxismus als damalige Grundlage der Sozialdemokratie einer Prüfung mit seiner Zeit
13 aktuellen Maßstäben unterzog. Mit seinen Erkenntnissen hat er das Konzept des
14 evolutionären Sozialismus als Grundlage für den Reformismus gelegt, welcher bis heute das
15 wichtigste Konzept des demokratischen Sozialismus ist. Die Jusos sollten seine
16 Erkenntnisse und damit vor allem den Revisionismus als Teil ihres Wertefundaments
17 betrachten. Besonders wichtig ist hierbei die Verteidigung dieser Werte gegen Missbrauch
18 etwa in der SPD als Rechtfertigung zu unsozialdemokratischer Politik. Nicht zuletzt sollten
19 die Jusos nicht Abstand von Bernstein nehmen oder ihn gar ablehnen.
20

21 **Begründung:**

22
23 Eduard Bernstein ist als Begründer des Revisionismus bekannt. Dieser wiederum ist eine der
24 Hauptgrundlagen für den Demokratischen Sozialismus und die SPD als linke Volkspartei.
25 Deshalb ist der Revisionismus als Teil des Wertefundaments der Jusos geeignet. Er
26 beschreibt den Sozialismus vor allem als praktische, fortlaufende politische Entwicklung
27 innerhalb des Kapitalismus. Er fordert mit nicht die endgültige Akzeptanz des selbigen und
28 stellt auch nicht seine Überwindung in Frage. Deshalb ist er in jedem Fall mit den
29 antikapitalistischen Werten der Jusos vereinbar. Nicht zuletzt ist er eine gute Basis für eine
30 dringend notwendige Selbstfindung der SPD als klar links orientierte Volkspartei.
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

44 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
45 Weitergeleitet an:

Antragsbereich O - Organisation

1
2 Antrag: O3
3
4 Antragssteller: Jusos Magdeburg, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
5
6 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsabgeordnete, SPD-
7 Europaabgeordnete aus Sachsen-Anhalt
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die SPD – Dein HOTSPOT

12
13 Die Störerhaftung ist dabei in Deutschland endlich zu fallen. Dies ermöglicht es WLAN offen
14 und ohne Barrieren für Andere zugänglich zu machen und somit einen hürdelosen Zugang
15 unabhängig von Kosten oder Mobilfunkvertrag über mobile Geräte zu ermöglichen. Wir als
16 Jusos Sachsen-Anhalt begrüßen dies ausdrücklich und fordern unsere Bundes-, Landtags-
17 und Europaabgeordneten auf zu prüfen, inwieweit eine Einrichtung solcher freier Hotspots in
18 ihren Bürgerbüros möglich ist. Selbstverständlich ist hierbei entsprechend auf Netz- und
19 Datensicherheit zu achten.

Begründung:

22
23 Die mobile Nutzung des Internets, also außerhalb der eigenen vier Wände nimmt immer
24 weiter zu, während gleichzeitig die zu übertragenden Datenmengen in die Höhe schnellen.
25 Gleichzeitig ist aber auch ein enormer Nutzen aus einem freien Internetzugang zu ziehen,
26 sei es, um in unterschiedliche Sprachen zu übersetzen, als Konsument Preise zu
27 vergleichen oder sich über Produkte informieren zu können.

28
29 Mobilfunkverträge mit großem Datenvolumen sind oftmals aber sehr kostenintensiv. Daher
30 setzen sich schon länger unterschiedliche Initiativen dafür ein WLAN Netzwerke öffentlich
31 und ohne Passwort Sperre zugänglich zu machen, selbstverständlich so, dass die eigene
32 Datensicherheit nicht beeinträchtigt wird. Nun da die Störerhaftung ihrem Ende entgegen
33 sieht, ist dies auch mit weitaus weniger rechtlichen Bedenken machbar.

34
35 Als SPD und Jusos stände es uns gut zu Gesicht hier an einem freien und für alle solidarisch
36 zugänglichem Netz mitzuwirken. Gleichzeitig besteht hier dann unter Umständen auch noch
37 ein entsprechender Werbe- und Sympathiefaktor für unsere Partei.

38
39
40
41
42
43 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
44 Weitergeleitet an:
45

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag O4
2
3 Antragssteller: LAK gegen Rechtsextremismus über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag LSA zur Weitergabe an die SPD-
6 Landtagsfraktion
7

8 **Strategie zum Umgang mit der AFD in Sachsen-Anhalt**

9
10 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert eine Strategie bis nach der parlamentarischen
11 Sommerpause 2016, die sich mit dem Umgang mit der AFD in Sachsen-Anhalt beschäftigt.
12 Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:
13

- 14 • Einheitliches, ablehnendes Auftreten gegenüber der AFD, ihren Anträgen,
15 Gesetzesentwürfen und Äußerungen. Dabei muss neben der inhaltlichen
16 Auseinandersetzung mit der AFD, weiterhin auf die Setzung von scharfer und klarer
17 Linie zwischen der AFD und der SPD geachtet werden.
- 18 • Öffentliche Auftritte, an denen auch die AFD teilnimmt, müssen wahrgenommen
19 werden. Nur so können rechtspopulistische/-extremistische, völkische oder
20 xenophobe Auftritte und Äußerungen entlarvt werden.
- 21 • Entwicklung von starken Argumentationsstrategien, um auch hier
22 rechtspopulistische/-extremistische, völkische oder xenophobe Auftritte und
23 Äußerungen der AFD aufzuzeigen.
- 24 • Erarbeitung von Alternativen und Lösungsvorschlägen, welche sich klar von der
25 rechtspopulistischen/-extremistischen Linie der AFD trennen und die Werte sowie
26 Freiheiten einer Sozialdemokratie beinhalten.

27 **Begründung:**

28
29
30 Damit die Ergebnisse der nächsten Landtagswahl 2021 anders ausfallen, müssen jetzt
31 rechtzeitig Strategien zum Umgang mit der AFD entwickelt werden. Es kann nicht sein das
32 eine rechtspopulistische/-extremistische Partei nochmals die Chance bekommt unsere
33 Regierung und Demokratie mitzugestalten. Daher ist es wichtig, dass die SPD eine Leitlinie
34 erarbeitet um gegen Auftritte, Äußerungen sowie Gesetzesentwürfe der AFD einheitlich
35 vorzugehen.
36
37
38
39
40
41

42 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
43 Weitergeleitet an:
44

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O5
2
3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag,
6 SPD Bundesvorstand
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Barrierefreiheit innerhalb der SPD-Partei-Organisation**

11
12 Wir fordern die SPD auf, in folgenden Bereichen die Teilhabe von Menschen mit
13 Behinderung zu gewährleisten und den momentanen Stand der Barrierefreiheit zu
14 überprüfen:

- 15
- 16 • bei Veranstaltungen
- 17 • Ausstattung der SPD Geschäftsstellen
- 18 • Zugang zu Informationen (z.B. Internetauftritt, Parteiprogramm)
- 19

20 **Begründung:**

21
22 Unter Barrierefreiheit verstehen wir,

23
24 dass der Beitritt in die SPD, sowohl schriftlich als auch online, barrierefrei erfolgen kann (z.B.
25 durch Verwendung der Leichten Sprache, Einsatz von Audiomitteln und Bildern).

26 dass Menschen mit körperlicher Einschränkung ausreichend Zugang zu Informationsmaterial
27 erhalten und Zugang zu Tagungsorten.

28 Dass, Tagungszeiten sich an den Rhythmus von Familien, Menschen mit psychischer und
29 seelischer Belastung anpassen, um Kinderbetreuung und sichere Heimwege bei Tageslicht
30 zu ermöglichen – sofern dies von den eben Genannten gewünscht ist.

31 Dass das SPD-Grundsatzprogramm sowie weitere schriftliche Materialien in Leichte Sprache
32 übertragen werden.
33
34
35
36
37

38 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

39 Weitergeleitet an:

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O6
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand, SPD-Landesparteitag
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Benennung einer/eines Mitgliederbeauftragten auf Landesebene**

10
11 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, aus seinen Reihen eine/n
12 Mitgliederbeauftragte/n für die SPD Sachsen-Anhalt zu benennen.
13

14 **Begründung:**

15
16 Bezugnehmend auf einen Beschluss des Parteivorstands der Bundes SPD vom 26.03.2012
17 zu den Grundsätzen für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten sind für alle Ebenen
18 Mitgliederbeauftragte zu benennen.

19 Dort werden u.a. folgende Aufgaben für eine/ einen Mitgliederbeauftragte/n auf Landesebene
20 benannt:

- 21
- 22 • Umsetzung und Sicherstellung der Standards für Mitgliederbindung -betreuung und -
 - 23 rückholung in den Gliederungen
 - 24 • Durchführung jährliches Treffen der Mitgliederbeauftragten der Kreis- und
 - 25 Stadtverbände
 - 26 • jährlicher Mitgliederbericht über Mitgliederentwicklung und Aktivitäten, Projekte,
 - 27 Kampagnen etc. des Landesverbands/Bezirks
 - 28 • Entwicklung von Konzepten und Strategien zur Verbesserung der
 - 29 Mitgliederentwicklung und der gezielten Mitgliederwerbung in ihrem
 - 30 Zuständigkeitsbereich
 - 31 • Sicherstellung von Schulungsangeboten
- 32

33
34 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
35 Weitergeleitet an:
36

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O7
2
3 Antragssteller: Juso Hochschulgruppen
4

5 **Inhalte statt Autoritäten - Begrenzung der Grußworte**

6
7 Auf Konferenzen und Treffen soll die Debatte um die inhaltliche Ausrichtung des
8 Verbandes die Hauptsache sein. Doch die eigentlich so wichtige Antragsberatung wird
9 immer wieder durch Grußworte mehr oder weniger berühmter
10 sozialdemokratischer Persönlichkeiten unterbrochen. Für die einen ist dies eine gute
11 Gelegenheit für eine etwas ausgedehntere Raucher*innenpause, die anderen sehen die
12 Abendgestaltung in weitere Ferne rücken. Die für Grußworte „verredete“ Zeit entspricht nicht
13 selten ungefähr der, die für die Anträge, die am Ende nicht mehr besprochen
14 werden können, nötig gewesen wäre. Deshalb fordern wir eine Begrenzung der Grußworte
15 auf maximal 1 pro Tagungstag.
16

17 Bei der anschließenden Diskussion soll auf ein ausgewogenes Verhältnis der Länge der
18 Redebeiträge geachtet werden, denn es ist untragbar, dass pointierten, kritischen Fragen
19 durch mehrminütige, am Thema weit vorbeigehende Monologe eine Antwort versagt
20 wird. Dies soll ausdrücklich nicht heißen, dass wir keinen Austausch mit
21 anderen Sozialdemokrat*innen möchten, im Gegenteil: wir würden uns wünschen, dass
22 unsere Genoss*innen ihre Positionen und Inhalte bei der Debatte konkreter Anträge statt
23 zwischen ihnen einbringen.
24

25 **Begründung:**

26
27 Erfolgt mündlich
28
29
30
31
32

33 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
34 Weitergeleitet an:
35

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O8
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: alle SPD Kreis- Stadtverbände in Sachsen-Anhalt
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Kein „Mimimi“ auf SPD Landesparteitagen**

10
11 Die Landesverband Sachsen-Anhalt sieht sich der über 150jährigen Tradition der SPD
12 verpflichtet. In dieser Zeit hat die älteste demokratische Partei Deutschlands Höhen und
13 gelegentlich auch Tiefen erlebt. Aber gerade in diesen Tiefen zeigt uns die „alte Tante“ SPD
14 wie sie aus Fehlern lernt, Fehler korrigiert und weiterkämpft für eine bessere Welt.

15 In dieser Tradition wollen auch wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Landesparteitage auch
16 für zukünftige Generationen ein Ort voller Spaß und Freude sein werden. Hierfür schlagen
17 wir mehrere organisatorische Verbesserungen und Verhaltenstipps vor.
18

- 19 • Die Landesgeschäftsstelle wird aufgefordert die anvisierte Tagungsdauer
20 desParteitages in den Einladungen farblich hervorzuheben. Der Einsatz
21 vonGlitzerstaub sollte hierbei ebenfalls in Erwägung gezogen werden.
- 22 • Die SPD ist eine stolze Programmpartei, welche keine halben Sachen macht
23 (Ausnahme: Mindestlohn, Bekenntnis zum Asylrecht...) Um Inhalte zu entwickeln,
24 ist das gemeinschaftliche, solidarische Zutun aller Genossinnen und Genossen
25 erforderlich. Genossinnen und Genossen, deren einziger inhaltlicher Beitrag es ist
26 auf dem Parteitag über die - zukünftig in der Einladung mit Glitzerstaub markierte -
27 angekündigte Tagungsdauer zu jammern, sollten sich den ersten Satz dieses
28 Punktes erneut durchlesen.
- 29 • Der vorherige Punkt ist von den Delegierten solange individuell zu wiederholen,
30 bis der Aha-Effekt eintritt.
- 31 • Delegierte, welche dennoch quengeln und frühzeitig nach Hause wollen schreiben
32 100mal: „Demokratie braucht Zeit“ (Zitat F. Müntefering) an die Wand –
33 vorzugsweise mit Glitzerstift.

34
35
36
37
38
39 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
40 Weitergeleitet an:
41

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O9

2

3 Antragssteller: Jusos westliche Altmark

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7

Religiöse Werte als Teil der Jusos

8

9 Die SPD hat sich in ihrem Godesberger Programm vom Marxismus als alleinige und erste
10 Theoretische Grundlage ihrer Programmatik losgesagt. Andere Konzepte wie christliche
11 Wertvorstellungen wurden dabei ebenfalls als Baustein anerkannt und aufgenommen. Die
12 Jusos sollten dies ebenfalls tun. Mögliche Punkte sind:

13

14 1. Die Einrichtung eines Arbeitskreises "gläubige Jusos" o.ä.

15 2. Bereitschaft zur theologischen Diskussion von Politik (gerade in Aktuellem Anlass der
16 Diskreditierung von Muslimen und islamischen Glauben durch europäische
17 Rechtsparteien)

18

Begründung:

19

20 Religiöse Werte wie Nächstenliebe oder Barmherzigkeit sind nicht nur mit dem
21 demokratischen Sozialismus vereinbar sondern stützen ihn auch. Zudem stößt eine
22 übertrieben laizistische oder atheistische Auffassung viele Gläubige vom Engagement in
23 der demokratisch sozialistischen Bewegung ab auch wenn sie oft ähnliche Auffassungen
24 vertreten. Auch in der Gesellschaft ist ein starker Atheismus vertreten. Nicht selten soll sich
25 heutzutage ein Gläubiger für seinen Glauben rechtfertigen wie es früher umgekehrt war. Dies
26 ist auch und besonders bei der marxistisch und materialistisch orientierten Bewegung der
27 Fall. Dies muss nicht sein. Christliche, Islamische und andere Glaubensinhalte können auch
28 für die Jusos Vorbild sein. Nicht zuletzt stammen viele bedeutende Sozialisten aus den
29 christlichen Gemeinden wie z. Bsp. Gustav Heinemann oder Adolf Grimme der den Satz
30 prägte: "Ein Sozialist kann Christ sein, ein Christ muss Sozialist sein".

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

44

Weitergeleitet an:

45

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O10
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: Bundesparteitag, SPD-Bundesvorstand, Landesparteitag zur
6 Weiterleitung an den Bundesparteitag, Bundeskongress zur
7 Weiterleitung an den Bundesparteitag, SPD Konvent
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Urwahl der/des KanzlerkandidatIn**

11
12
13 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird ihre Kanzlerkandidatin oder ihren
14 Kanzlerkandidaten zur nächsten Bundestagswahl per Urwahl nach §13 Absatz 1 des
15 Organisationsstatut der SPD bestimmen.
16

17 **Begründung:**

18
19 Mehr Mitbestimmungsrechte der Basis bei den tiefgreifenden Entscheidungen der Partei ist
20 ein alter Wunsch in der SPD. Mit dem Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag ist die SPD
21 einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. In den letzten Jahren wurden ebenfalls
22 mehrere Spitzenkandidaturen der SPD zu Landtagswahlen per Urwahl entschieden. Mit
23 einer Urwahl zur Bundestagswahl würde die SPD das Versprechen des aktuellen (Stand
24 August 2015) Bundesvorsitzenden nach mehr Basisdemokratie entsprechen.
25
26
27
28
29
30

31 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
32 Weitergeleitet an:
